

INHALTSVERZEICHNIS

DIE ENTWICKLUNG DER GEMEINDEFINANZEN VON 1998 BIS 2007	1
1. DIE GEMEINDEN IM BUNDESSTAAT	1
2. HAUPTBEREICHE DER GEMEINDEGEBARUNG AUF BASIS DER RECHNUNGSQUERSCHNITTE	3
2.1 Die laufende Gebarung der Gemeinden	3
2.2 Die Struktur der Vermögensgebarung der Gemeinden.....	4
2.3 Die Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden.....	5
2.4 Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der laufenden Gebarung der Gemeinden (ohne Wien) nach Einwohnerklassen	6
3. JAHRESERGEBNIS, MAASTRICHT-DEFIZIT UND ERGEBNIS DER PRIMÄRGEBARUNG	10
3.1 Die Salden der Rechnungsquerschnitte und die Jahresergebnisse	10
3.2 Das öffentliche Defizit („Maastricht-Defizit“)	11
3.3 Ergebnis der Primären Gebarung	13
4. DETAILLIERTE ANALYSE DER GEMEINDEABGABEN.....	14
4.1 Die Einnahmen der Gemeinden aus eigenen Abgaben	14
4.2 Ertragsanteile als wichtigste Einnahmenquelle der Gemeinden	15
4.3 Abgabenaufkommen der Gemeinden im regionalen Vergleich.....	16
4.4 Abgabenaufkommen nach Gemeindegrößenklassen	18
5. ENTWICKLUNG DES PERSONALSTANDES UND DER PERSONAL AUSGABEN DER GEMEINDEN	20
6. KOMMUNALE INVESTITIONSTÄTIGKEIT	21
6.1 Bruttoinvestitionen.....	21
6.2 Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern	22
6.3 Kommunale und volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit	23
7. DIE VERSCHULDUNG DER GEMEINDEN.....	25
7.1 Verschuldung und Schuldendienst	25
7.2 Aufgliederung nach Schuldenarten.....	26
7.3 Herkunft der Fremdmittel der Gemeinden.....	27
8. EXKURS: EINNAHMEN UND AUSGABEN FÜR DIE VORSCHULISCHE JUGENDERZIEHUNG.....	28
8.1 Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden im Kinderbetreuungsbereich nach Bundesland	28
8.2 Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden nach Einwohnerklassen	30
9. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK	33

Die Entwicklung der Gemeindefinanzen von 1998 bis 2007

Helfried Bauer, Karoline Mitterer – KDZ - Zentrum für Verwaltungsforschung¹

1. Die Gemeinden im Bundesstaat

Die Gemeinden sind überall in der entwickelten Welt für die Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit verschiedenen Dienstleistungen und Infrastruktur tätig. Sie übernehmen darüber hinaus einen Teil der staatlichen Ordnungsaufgaben und tragen in unterschiedlichem Ausmaß zur sozialen Sicherung bei. Auch in Österreich kommt den Gemeinden bei der Versorgung der Menschen große Bedeutung zu, wenngleich der Zentralstaat (Bund) und die Sozialversicherungsträger den Großteil der öffentlichen Ausgaben leisten. Trotz der großen Bedeutung der Gemeinden bei der Versorgung von Bevölkerung und Wirtschaft mit wichtigen Leistungen der „Daseinsvorsorge“ gibt die Entwicklung der Gemeindefinanzen Anlass zur Sorge.

Tabelle 1 zeigt die – aus finanzwirtschaftlicher Sicht – zentralistische und wenig föderale Struktur des öffentlichen Sektors in Österreich für das Jahr 2007: Der Bundessektor (mit Bundesfonds) tätigte mehr als 38 Prozent der gesamten Staatsausgaben (ohne intragovernmentale Transfers), die Sozialversicherungsträger 31 Prozent, dies macht zusammen rund 70 Prozent aus. Die Länder und Gemeinden zusammen (inklusive der jeweiligen Fonds) sind für die verbleibenden 30 Prozent der Staatsausgaben verantwortlich. Die Gesamtheit der Gemeinden einschließlich Wien leistete lediglich 13,8 Prozent der gesamten Staatsausgaben.

Tabelle 1: **Ausgaben (ohne intragovernmentale Transfers) der Gebietskörperschaften und Parafiski, 2007**

Gebietskörperschaften und Parafiski	in Mio. €	in % des BIP	in % der Staatsausgaben
Bundessektor	50.286	18,6	38,3
Landesebene (ohne Wien)	22.094	8,2	16,8
Gemeindeebene (inkl. Wien)	18.081	6,7	13,8
SV-Träger	40.685	15,0	31,0
Staat insgesamt	131.147,2	48,4	100,0

Quelle: Statistik Austria - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Berechnungsstand 29. September 2008.

Der nachfolgenden Tabelle 2 kann diese Entwicklung an Hand der (nicht konsolidierten) Einnahmen der Gebietskörperschaften von 1998 bis 2007 entnommen werden. Danach nahmen die österreichischen Gebietskörperschaften im Jahr 2007 rund 105 Mrd. € ein. Dies bedeutet, dass sie gegenüber dem Jahr 2005 um rund 9 Prozent (ca. 8,8 Mrd. €) und gegenüber dem Jahr 2006 um etwa 5 Prozent (d.s. rund 5,4 Mrd. €) höhere Einnahmen erzielten. Im Vergleich zum Jahr 1998 erhöhten sich die Einnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden bis 2007 zusammen um rund 28,8 Prozent bzw. um 23,5 Mrd. €, allerdings ist die Entwicklung bei Bund, Ländern und Gemeinden sehr unterschiedlich verlaufen:

- Der Bund erzielte in der Zehnjahresperiode einen Zuwachs bei seinen Einnahmen von 38 Prozent,
- die Länder ohne Wien einen Zuwachs von 19,5 Prozent,
- die Gemeinden ohne Wien von 19,7 Prozent und
- Wien hat in diesem Zeitraum eine Stagnation seiner Einnahmen hinnehmen müssen.

Bezogen auf das Wachstum des nominellen BIP in diesem Zeitraum von 49 Prozent bedeutet dies einen deutlichen anteilmäßigen Rückgang, der in erster Linie durch die massiven Ausgliederungen beim Bund sowie auch bei den Ländern und Gemeinden zu erklären ist. So wurden bei den Ländern vor allem die Krankenanstalten, bei den Gemeinden die meisten Wasserversorgungs- und Abwasserbeseitigungseinrichtungen, die Wohnungsvermietung u.a.m. zum großen Teil in den Unternehmensbereich (Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und auch eigene Kapitalgesellschaften) übergeführt. Der Bund hat ebenfalls umfangreiche Ausgliederungen vorgenommen, so u.a. die Bundestheater und Bundesmuseen (1998), das Österreichische Statistische Zentralamt (1999), die Bundesbeschaffungsgesellschaft (2001), die Bundesimmobilien-Gesellschaft (2001), die Universitäten

¹ Die AutorInnen danken Nikola Hochholdinger (KDZ) für die Aufbereitung der Daten.

(2004) und die Buchhaltungsagentur (2005)². Die Gebarungen dieser ausgegliederten Einrichtungen scheinen in den vorliegenden Statistiken über den öffentlichen Sektor nicht mehr auf, wenngleich die öffentlichen Aufgaben nach wie vor erbracht werden, wofür unter anderem auch Zuschüsse an die betreffenden Einrichtungen (Gesellschaften) aus öffentlichen Mitteln geleistet werden müssen.

Ebenfalls zu beachten ist, dass zwischen den Ländern und zwischen den Gemeinden Verschiebungen bei den Einnahmen auf Grund der Bevölkerungsverluste bzw. -gewinne, die durch die Volkszählung 2001 festgestellt worden sind, stattfanden. Ebenso sind in diesem Zeitraum praktisch alle niederösterreichischen Gemeindespitäler vom Land übernommen worden.

Tabelle 2: **Entwicklung der (nicht konsolidierten) Einnahmen der Gebietskörperschaften 1998 bis 2007**

Jahr	Bund	Länder ohne Wien	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gebietskörperschaften
Einnahmen in Mio. €					
1998	48.944,4	15.506,0	7.865,5	9.338,7	81.655
1999	50.993,9	16.006,9	8.202,0	9.445,2	84.648
2000	52.691,4	16.278,9	8.525,0	9.134,7	86.630
2001	58.214,7	15.964,5	6.981,2	9.487,0	90.647
2002	59.260,8	16.289,3	7.034,5	9.660,8	92.245
2003	59.100,0	16.411,3	7.003,5	9.710,2	92.225
2004	61.004,7	16.362,3	7.182,0	9.923,4	94.472
2005	61.797,5	17.032,3	7.300,2	10.277,7	96.408
2006	63.914,1	17.669,4	7.522,0	10.693,7	99.799
2007	67.564,4	18.527,1	7.912,7	11.179,7	105.184
Einnahmen in Prozent aller Gebietskörperschaften					
1998	59,9	19,0	9,6	11,4	100,0
1999	60,2	18,9	9,7	11,2	100,0
2000	60,8	18,8	9,8	10,5	100,0
2001	64,2	17,6	7,7	10,5	100,0
2002	64,2	17,7	7,6	10,5	100,0
2003	64,1	17,8	7,6	10,5	100,0
2004	64,6	17,3	7,6	10,5	100,0
2005	64,1	17,7	7,6	10,7	100,0
2006	64,0	17,7	7,5	10,7	100,0
2007	64,2	17,6	7,5	10,6	100,0
Index 1998 = 100					
1998	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1999	104,2	103,2	104,3	101,1	103,7
2000	107,7	105,0	108,4	97,8	106,1
2001	118,9	103,0	88,8	101,6	111,0
2002	121,1	105,1	89,4	103,4	113,0
2003	120,7	105,8	89,0	104,0	112,9
2004	124,6	105,5	91,3	106,3	115,7
2005	126,3	109,8	92,8	110,1	118,1
2006	130,6	114,0	95,6	114,5	122,2
2007	138,0	119,5	100,6	119,7	128,8

Quelle: Statistik Austria, Direktion Volkswirtschaft. Berechnungsstand 29. 9. 2008, eigene Berechnungen.

Die Zeitreihen in Tabelle 2 bestätigen den bereits einleitend erwähnten Zentralisierungstrend der öffentlichen Budgets, d.h. die seit 1995 feststellbare Entwicklung von tendenziell überdurchschnittlich stark steigenden Bundeseinnahmen bei gleichzeitig leicht unterdurchschnittlich steigenden Einnahmen der Länder ohne Wien sowie der Gemeinden. Seit dem Jahr 2005 ist auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) 2005 der Anteil der Einnahmen des Bundes an den Gesamteinnahmen der Gebietskörperschaften auf einem Niveau von rund 64 Prozent stehen geblieben. Bei den Ländern (ohne Wien) ging der Anteil von 19,0 Prozent im Jahr 1998 doch signifikant auf 17,6 Prozent im Jahr 2007 zurück. Bei der Stadt Wien war der anteilmäßige Rückgang von 9,6 Prozent im Jahr 1998 auf 7,5 Prozent im Jahr 2007 besonders massiv. Bei den Gemeinden war ein weniger starker Rückgang des Anteils an den gesamten Einnahmen der Gebietskörperschaften von 11,4 Prozent im Jahr 1998 auf 10,5 Prozent in den Jahren 2000 bis 2004 und auf

² Siehe im Detail die ausgegliederten Einrichtungen des Bundes bei E. Fleischmann, in: Gerhard Steger (Hg.): Öffentliche Haushalte in Österreich, 2. erweiterte und aktualisierte Auflage. Wien 2005, S. 30

10,6 Prozent im Jahr 2007 feststellbar. Wie stark diese Zentralisierung auf die geänderte Verteilung der Abgabenerträge oder auf die Ausgliederungen und allfällige andere Entwicklungen zurückzuführen sein mag, wird noch zu zeigen sein (siehe Abschn. 4.1).

2. Hauptbereiche der Gemeindegebarung auf Basis der Rechnungsquerschnitte

Die im Jahr 1997 mit der VRV 1997 eingeführten Voranschlags- und Rechnungsquerschnitte für Gemeinden sind sehr hilfreich zur Gewinnung eines Überblicks. Deshalb werden im folgenden Abschnitt die drei großen Teilbereiche der Gemeindegebarung, nämlich die laufende Gebarung, die Vermögensgebarung (ohne Finanztransaktionen) und schließlich die Finanztransaktionen für die Gesamtheit der Gemeinden (ohne Wien) sowie für Wien als Land und Gemeinde, dargestellt und kurz kommentiert. Die Angaben betreffen jeweils den gesamten Haushalt (o. und ao. Haushalt zusammen).

2.1 Die laufende Gebarung der Gemeinden

Tabelle 3 weist die Struktur der laufenden Gebarung der Gemeinden (ohne Wien) sowie von Wien (als Land und Gemeinde) aus.

Tabelle 3: **Struktur der laufenden Gebarung der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2006	2007	Veränderung 2007/2006	2006	2007	Veränderung 2007/2006
	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100
Einnahmen der laufenden Gebarung						
Eigene Steuern	2.514.262	2.649.865	105,4	968.802	1.027.346	106,0
Ertragsanteile	4.350.002	4.668.324	107,3	3.259.461	3.497.378	107,3
Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen	1.423.322	1.485.992	104,4	526.213	546.631	103,9
Einnahmen aus Leistungen	1.181.730	1.238.934	104,8	536.982	543.866	101,3
Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit	488.952	566.533	115,9	161.266	164.307	101,9
Laufende Transferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	870.342	885.072	101,7	2.184.601	2.224.676	101,8
Sonstige laufende Transfereinnahmen	144.089	153.737	106,7	465.868	476.111	102,2
Gewinnentnahmen der Gemeinden von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	158.779	173.129	109,0	0	0	
Einnahmen aus Veräußerung und sonstige Einnahmen	586.561	555.410	94,7	860.930	843.608	98,0
Summe Einnahmen der lfd. Gebarung	11.718.038	12.376.996	105,6	8.964.122	9.323.922	104,0
Ausgaben der laufenden Gebarung						
Leistungen für Personal	2.679.965	2.756.219	102,8	2.216.990	2.260.209	101,9
Pensionen und sonstige Ruhebezüge	324.616	328.084	101,1	1.058.083	1.097.449	103,7
Bezüge der gewählten Organe	175.647	179.808	102,4	26.905	27.482	102,1
Gebrauchs- und Verbrauchsgüter, Handelswaren	378.754	370.130	97,7	97.547	110.194	113,0
Verwaltungs- und Betriebsaufwand	3.296.957	3.369.081	102,2	1.068.926	1.123.301	105,1
Zinsen für Finanzschulden	296.981	370.439	124,7	37.455	30.700	82,0
Laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	2.370.965	2.501.492	105,5	298.892	301.351	100,8
Sonstige laufende Transferausgaben	751.209	753.870	100,4	3.277.935	3.408.128	104,0
Gewinnentnahmen der Gemeinden von Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde	143.483	161.752	112,7	0	0	
Summe Ausgaben der lfd. Gebarung	10.418.578	10.790.873	103,6	8.082.734	8.358.814	103,4
Ergebnis der laufenden Gebarung	1.299.460	1.586.123	122,1	881.388	965.108	109,5

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Die Einnahmen der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien für den gesamten Haushalt beliefen sich im Jahr 2007 auf rund 12,4 Mrd. €, sie übertrafen das Vorjahresergebnis um 5,6 Prozent oder 659 Mio. €. Die Ausgaben der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien betragen 2007 10,8 Mio. €, sie lagen um 3,6 % oder 372 Mio. € über dem Ergebnis von 2006. Das Ergebnis der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien betrug im Jahr 2007 rund 1.586 Mio. €, was gegenüber dem Vorjahr eine Verbesserung um 22,1 Prozent oder 286,6 Mio. € bedeutet.

Die positive Entwicklung des Saldos der laufenden Gebarung bei den Gemeinden ohne Wien ist vor allem auf die konjunkturbedingte gute Einnahmensituation bei den Ertragsanteilen (+7,3 Prozent bzw. +318,3 Mio. €; 37,7 Prozent der laufenden Einnahmen) sowie auf die Bemühungen zur Begrenzung der Zuwächse bei den Personalausgaben (+2,8 Prozent bzw. +76 Mio. €; 25,5 Prozent der laufenden Ausgaben) zurückzuführen.

Die Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien) aus Gebühren und aus Leistungen (zusammen +4,6 Prozent bzw. +120 Mio. €) sowie aus eigenen Steuern (+5,4 Prozent bzw. +135,6 Mio. €) sind dagegen nur unterdurchschnittlich stark gestiegen.

Die größten Posten der laufenden Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2007 waren neben den Personal- und Pensionsausgaben die

- Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+2,2 Prozent bzw. +72 Mio. €; 31,2 Prozent der laufenden Ausgaben),
- die Ausgaben für laufende Transferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts (+5,5 Prozent bzw. +130,5 Mio. €; 23,2 Prozent der laufenden Ausgaben).

Auch die laufende Gebarung von Wien (als Stadt und Land) ist ähnlich strukturiert. Im Jahr 2007 standen laufenden Einnahmen von rund 9,3 Mrd. € laufende Ausgaben von 8,4 Mrd. € gegenüber; das Ergebnis der laufenden Gebarung betrug im Jahr 2007 965,1 Mio. € und lag um 9,5 Prozent oder 83,7 Mio. € über dem Vorjahreswert.

Die laufenden Einnahmen sind gegenüber 2006 um 4,0 Prozent bzw. 359,8 Mio. € gewachsen; die Abgabenerträge aus eigenen Steuern und aus Ertragsanteilen als größte Einnahmenposten sind Dank der günstigen Konjunkturlage überdurchschnittlich gestiegen (zusammen +7 Prozent bzw. 296 Mio. €; 48,5 Prozent der laufenden Einnahmen). Dagegen sind die Einnahmen aus Gebühren, aus Leistungen und aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit wenig gestiegen (zusammen +2,5 Prozent, +30 Mio. €; 13,5 Prozent der laufenden Einnahmen).

Die laufenden Ausgaben sind um 3,4 Prozent bzw. 276,1 Mio. € nur mäßig gewachsen. Die wichtigsten Ausgabenposten Wiens im Jahr 2007 sind

- die Ausgaben für laufende Transferzahlungen an Haushalte und Unternehmungen (+4,0 Prozent bzw. +130 Mio. €; 40,8 Prozent der laufenden Ausgaben),
- die Leistungen für Personal (+1,9 Prozent bzw. +43 Mio. €; 27,0 Prozent der laufenden Ausgaben) und
- die Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand (+5,1 Prozent bzw. +54,4 Mio. €; 13,4 Prozent der laufenden Ausgaben).

2.2 Die Struktur der Vermögensgebarung der Gemeinden

Tabelle 4 zeigt die Struktur der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen der Gemeinden (ohne Wien) sowie Wiens.

Die Haupteinnahmen der Vermögensgebarung der Gemeinden ohne Wien sind die Kapitalzuschüsse von anderen öffentlichen Rechtsträgern (919,0 Mio. €) sowie die Einnahmen aus dem Verkauf von unbeweglichem Vermögen, also von Liegenschaften (352,1 Mio. €).

Bei den Ausgaben der Vermögensgebarung der Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2007 bildet der Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen, also die Vornahme von Investitionen mit zusammen rund 2,1 Mrd. € den größten Posten; er umfasst 79,1 Prozent der gesamten Ausgaben der Vermögensgebarung. Gegenüber dem Jahr 2006 sind die Ausgaben für den Erwerb von beweglichem und unbeweglichem

Vermögen um 1,7 Prozent bzw. um 35,0 Mio. € gestiegen. Die Ausgaben für Kapitalzuschüsse erreichen fast 16 Prozent der Ausgaben der Vermögensgebarung.

Tabelle 4: **Struktur der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2006	2007	Veränderung 2007/2006	2006	2007	Veränderung 2007/2006
	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100
Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
Veräußerung von unbeweglichem Vermögen	341.506	352.123	103,1	63.650	34.836	54,7
Veräußerung von beweglichem Vermögen	3.777	3.954	104,7	119	51	43,2
Veräußerung von aktivierungsfähigen Rechten	8.165	2.550	31,2	0	0	
Kapitaltransferzahlungen von Trägern des öffentlichen Rechts	930.543	918.964	98,8	208.572	231.143	110,8
Sonstige Kapitaltransfereinnahmen	62.635	53.831	85,9	6.353	59	0,9
Summe Einnahmen der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	1.346.626	1.331.423	98,9	278.692	266.089	95,5
Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen						
Erwerb von unbeweglichem Vermögen	1.887.034	1.920.713	101,8	176.445	180.881	102,5
Erwerb von beweglichem Vermögen	221.471	222.909	100,6	51.939	61.331	118,1
Erwerb von aktivierungsfähigen Rechten	5.768	5.595	97,0	3.028	2.854	94,2
Kapitaltransferzahlungen an Träger des öffentlichen Rechts	109.959	127.118	115,6	54.993	40.558	73,8
Sonstige Kapitaltransferausgaben	353.247	432.461	122,4	710.701	858.293	120,8
Summe Ausgaben der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	2.577.479	2.708.798	105,1	997.105	1.143.917	114,7
Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen	-1.230.854	-1.377.375	111,9	-718.413	-877.827	122,2

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Bei den Ausgaben der Vermögensgebarung zeigen sich große Strukturunterschiede zwischen Wien und der Gesamtheit der anderen Gemeinden. Wien wies im Jahr 2007 in der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen mit 21,7 Prozent der Ausgaben vergleichsweise geringe Investitionen (Erwerb von unbeweglichem und beweglichem Vermögen), mit 75,0 Prozent hingegen bedeutende Kapitalzuschüsse an Unternehmungen und an private Haushalte aus.

Das Ergebnis der Vermögensgebarung ohne die Finanztransaktionen (negativer Saldo) für die Gesamtheit der Gemeinden (ohne Wien) hat sich gegenüber 2006 auf -1.377,4 Mio. € im Jahr 2007 erhöht, der Saldo der Vermögensgebarung des Wiener Haushaltes hat sich gegenüber 2006 auf -877,8 Mio. € im Jahr 2007 erhöht.

2.3 Die Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden

Tabelle 5 weist die Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden ohne Wien sowie Wiens aus.

Die größten Einnahmen- und Ausgabenpositionen im Bereich der Finanztransaktionen sind die Aufnahme bzw. die Rückzahlung von Finanzschulden sowie die Entnahmen aus bzw. die Zuführungen an Rücklagen. In Summe der Gemeinden ohne Wien wurden im Jahr 2007 Rücklagen in Höhe von rund 447,3 Mio. € aufgelöst (24,8 Prozent der Einnahmen) und in Höhe von 595,8 Mio. € neu gebildet (30,5 Prozent der Ausgaben), was eine Netto-Aufstockung der Rücklagen im Jahr 2007 von rund 146,1 Mio. € bedeutet.

An Finanzschulden wurden von den Gemeinden (ohne Wien) 1.066,3 Mio. € (59,1 Prozent der Einnahmen) aufgenommen und alte Finanzschulden in Höhe von 962,8 Mio. € rückgezahlt (49,3 Prozent der Ausgaben), d.h. von 2006 auf 2007 erfolgte eine Ausweitung des Standes an Finanzschulden um 103,5 Mio. €, was eine deutlich geringere Zunahme des Schuldenstandes wie im Jahr 2005 sowie 2006 darstellt. Zusätzlich konnten Beteiligungen und Wertpapiere in der Höhe von 154,9 Mio. € erworben werden (7,9 Prozent der Einnahmen); Veräußerungen von Beteiligungen und Wertpapieren schlugen im Jahr 2007 lediglich mit knapp über 78 Mio. € zu Buch.

Die Gebarung der Finanztransaktionen der Stadt Wien zeigt ein deutlich anderes Bild: Wien entnahm den Rücklagen 281,1 Mio. € (30,3 Prozent der Einnahmen) und führte diesen 130,9 Mio. zu (12,8 Prozent der Ausgaben), was einem Abbau der Rücklagen um etwa 150 Mio. € entspricht.

Im Bereich der Finanzschuldengebarung nahm Wien Finanzschulden in Höhe von 292,8 Mio. € auf (31,6 Prozent der Einnahmen) und zahlte 370,7 Mio. € zurück (36,3 Prozent der Ausgaben), womit im Jahr 2007 eine gegenüber 2006 stärkere Reduzierung des Standes an Finanzschulden erreicht werden konnte.

Tabelle 5: **Struktur der Finanztransaktionen der Gemeinden**

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien			Wien		
	2006	2007	Veränderung 2007/2006	2006	2007	Veränderung 2007/2006
	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100	Beträge in 1.000 €		Index 2006=100
Einnahmen aus Finanztransaktionen						
Veräußerung von Beteiligungen und Wertpapieren	42.161	78.449	186,1	10	0	0,0
Entnahmen aus Rücklagen	381.978	447.317	117,1	156.194	281.059	179,9
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an Tr. d. öff. Rechts	19.283	7.610	39,5	65.112	68.783	105,6
Einnahmen aus der Rückzahlung von Darlehen an andere und von Bezugsvorschüssen	14.566	18.095	124,2	142.237	116.270	81,7
Aufnahme von Finanzschulden bei Trägern des öffentlichen Rechts	85.738	79.005	92,1	3.581	8.820	246,3
Aufnahme von Finanzschulden von anderen	937.283	987.304	105,3	394.555	283.953	72,0
Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde	155.139	187.355	120,8	143.000	169.000	118,2
Summe Einnahmen aus Finanztransaktionen	1.636.148	1.805.135	110,3	904.691	927.886	102,6
Ausgaben aus Finanztransaktionen						
Erwerb von Beteiligungen und Wertpapieren	183.851	154.878	84,2	275	91	33,2
Zuführungen an Rücklagen	394.336	595.799	151,1	136.587	130.908	95,8
Gewährung von Darlehen an Träger des öffentlichen Rechts	9.976	9.825	98,5	29.164	9.018	30,9
Gewährung von Darlehen an andere und Bezugsvorschüssen	29.087	31.047	106,7	308.535	358.514	116,2
Rückzahlung von Finanzschulden bei Trägern des öff. Rechts	126.792	123.860	97,7	11.310	12.229	108,1
Rückzahlung von Finanzschulden bei anderen	738.206	838.906	113,6	431.441	341.175	79,1
Investitions- und Tilgungszuschüsse zwischen Unternehmungen und marktbestimmten Betrieben der Gemeinde und der Gemeinde	169.617	198.685	117,1	149.000	169.000	113,4
Summe Ausgaben aus Finanztransaktionen	1.651.864	1.952.999	118,2	1.066.311	1.020.935	95,7
Ergebnis der Finanztransaktionen	-15.716	-147.865	940,8	-161.621	-93.049	57,6

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

2.4 Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben der laufenden Gebarung der Gemeinden (ohne Wien) nach Einwohnerklassen

Im Folgenden werden wichtige Arten der laufenden Einnahmen (Tabelle 6) und der laufenden Ausgaben (Tabelle 7) der Gemeinden ohne Wien insgesamt und nach Einwohnergrößenklassen für die Jahre 2002 bis 2007 dargestellt. Damit können für einen mittelfristigen Zeitraum etwaige unterschiedliche Entwicklungstrends in Abhängigkeit der Gemeindegröße aufgezeigt werden.

Eigene Steuern

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) nahmen im Jahr 2007 an Gemeindesteuern („eigene Steuern“) durchschnittlich pro Kopf 296,0 € ein. Kleinstgemeinden (<2.501 EW³) erzielten hierbei mit 260,3 € leicht unterdurchschnittliche Erträge aus eigenen Steuern, die Gemeinden mit 10.001 bis 20.000 und solche mit 20.001 bis 50.000 EW weisen mit 493 bzw. 500 € vergleichbare und spürbar über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegende Pro-Kopf-Einnahmen auf, die Gruppe der großen Städte (> 50.000 EW) erzielte mit 646,9 € mehr als das Doppelte des österreichischen Durchschnittes. Die Bandbreite der Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindesteuern zwischen den Kleinstgemeinden und den großen Städten beträgt etwa 1:2,5.

³ Einwohner und Einwohnerinnen

Allerdings verlief die Steigerung der Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindesteuern bei den kleineren und mittleren Gemeinden (<10.000 EW) zwischen 2002 und 2007 mit 22,2 bis 23,4 Prozent stärker als bei den größeren Städten (Zuwachs nur rund 16,6 Prozent bei Städten über 50.000 EW). Die Unterschiede zwischen den Pro-Kopf-Einnahmen der Kleingemeinden und der großen Städte reduzierten sich deshalb in der Beobachtungsperiode geringfügig.

Tabelle 6: **Ausgewählte Einnahmen der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2002-2007**

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Einnahmen der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2002-2007
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Index
	Beträge in €/Kopf						2002 = 100
Eigene Steuern							
0 bis 2.500	213,0	222,6	230,7	235,7	246,8	260,3	122,2
2.501 bis 5.000	288,3	305,5	311,1	323,0	335,2	353,2	122,5
5.001 bis 10.000	366,6	379,2	391,5	405,7	427,0	452,4	123,4
10.001 bis 20.000	415,6	423,6	435,5	453,1	473,7	493,4	118,7
20.001 bis 50.000	418,0	429,4	438,9	449,5	472,0	499,9	119,6
50.001 bis 500.000	554,7	562,7	587,8	593,6	617,3	646,9	116,6
Gemeinden gesamt	242,2	253,2	261,3	268,4	280,6	296,0	122,2
Ertragsanteile							
0 bis 2.500	546,9	536,1	547,8	579,5	601,5	643,7	117,7
2.501 bis 5.000	551,1	542,4	553,2	587,2	607,0	651,6	118,2
5.001 bis 10.000	550,7	537,6	545,7	581,4	602,2	646,0	117,3
10.001 bis 20.000	691,5	672,1	671,6	669,0	690,3	740,4	107,1
20.001 bis 50.000	812,0	785,7	800,6	780,0	807,7	871,8	107,4
50.001 bis 500.000	915,1	883,1	896,8	898,9	938,3	1.007,7	110,1
Gemeinden gesamt	553,8	542,9	553,9	585,1	606,7	649,9	117,4
Gebühren, Einnahmen aus Leistungen, Einnahmen aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit							
0 bis 2.500	272,7	289,9	295,9	299,0	314,3	330,6	121,2
2.501 bis 5.000	340,9	357,4	371,2	375,5	388,9	405,8	119,0
5.001 bis 10.000	499,8	519,8	536,5	515,7	534,8	562,3	112,5
10.001 bis 20.000	595,1	576,7	577,8	586,5	567,2	588,3	98,8
20.001 bis 50.000	712,2	727,0	717,7	744,1	748,4	920,2	129,2
50.001 bis 500.000	596,9	649,8	658,2	658,2	741,1	724,4	121,4
Gemeinden gesamt	309,1	325,7	333,6	335,6	350,2	368,4	119,2
laufende Transfereinnahmen							
0 bis 2.500	161,0	163,8	176,2	185,0	192,7	196,7	122,2
2.501 bis 5.000	100,0	104,5	110,0	115,3	122,7	127,0	127,0
5.001 bis 10.000	107,5	125,5	114,1	124,4	130,6	130,7	121,6
10.001 bis 20.000	157,4	133,3	122,0	178,2	164,6	170,2	108,1
20.001 bis 50.000	153,8	157,7	169,5	219,4	224,8	221,9	144,3
50.001 bis 500.000	156,1	171,3	179,8	197,8	186,4	190,3	121,9
Gemeinden gesamt	146,9	150,4	159,7	169,2	176,3	180,0	122,5

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben

Den österreichischen Gemeinden (ohne Wien) flossen im Jahr 2007 an Ertragsanteilen pro Kopf 649,9 € zu. Die Pro-Kopf-Einnahmen nehmen mit der Gemeindegröße zu, sie betragen bei den kleineren und mittleren Gemeinden (<10.001 EW) zwischen 643,7 und 646,0 €, bei den großen Städten hingegen 1.007,7 €, die Bandbreite beträgt 1:1,57.

Zwischen 2002 und 2007 sind die Einnahmen pro Kopf aus den Ertragsanteilen – bedingt durch eine Steuerreform und die sich verbessernde Konjunkturlage – um durchschnittlich 17,4 Prozent gewachsen. Die Gemeinden mit weniger als 10.000 EW konnten knapp überdurchschnittliche Steigerungen verzeichnen. In Gemeinden mit über 10.001 EW fielen die Zuwächse bei den Pro-Kopf-Ertragsanteilen vor allem auf Grund der veränderten Bestimmungen des FAG 2005 deutlich geringer aus.

Einnahmen aus Gebühren, aus Leistungen, aus Besitz und wirtschaftlicher Tätigkeit

Diese Einnahmen betreffen vor allem Infrastruktur- und Dienstleistungen der Gemeinden, die von den BürgerInnen (Empfänger der Leistungen) in Form von Gebühren, von Entgelten, von Kostenbeiträgen sowie von Mieten und Pachten zu entrichten sind. Im Durchschnitt aller Gemeinden belaufen sich diese Einnahmen im Jahr 2007 auf 368,4 € pro EinwohnerIn, wobei mit steigender Gemeindegröße und den gebotenen Leistungen die Pro-Kopf-Einnahmen von 330,6 € der Kleingemeinden < 2.501 EW bis auf 920,2 € in den Städten mit 20.001 bis 50.000 EW ansteigen.

Gegenüber dem Jahr 2002 nahmen die Pro-Kopf-Einnahmen um 19,2 Prozent zu, wobei die größeren Gemeinden mit 10.001 bis 50.000 EW Einnahmenschmälerungen ausweisen, was in erster Linie mit den Ausgliederungen verschiedener Dienstleistungen in rechtliche selbstständige Aufgabenträger sowie in Niederösterreich mit der Übertragung der Krankenanstalten zusammenhängt.

Laufende Transfereinnahmen

Die Gemeinden bezogen im Jahr 2007 Pro-Kopf-Einnahmen aus Transferzahlungen (vor allem laufende Zuschüsse von Bund, Land, auch Kostenersätze von anderen Gemeinden beispielsweise im Rahmen von Schulgemeindeverbänden, Beiträge zur Abgangsdeckung von Gemeindespitalern durch die Sprengelgemeinden)⁴ von 180,0 €. Damit erreichen die Transfereinnahmen im Durchschnitt etwa die Hälfte der Einnahmen aus Leistungen (Gebühren, Entgelte, Mieten etc.).

Kleinstgemeinden (<2.501 EW) und Gemeinden mit mehr als 20.000 EW erhielten überdurchschnittliche Transfereinnahmen, wobei die Kleinstgemeinden in erster Linie Subventionen erhalten, während die großen Gemeinden als Standortgemeinden diverser Infrastruktur- und zentralörtlicher Einrichtungen Ko-Finanzierungen erhalten. Dagegen erzielten die Gemeinden mit 2.501 bis 10.000 EW deutlich unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Einnahmen.

Im Zeitraum zwischen den Jahren 2002 und 2007 nahmen die Pro-Kopf-Transfereinnahmen im Durchschnitt um 22,5 Prozent zu, wobei die Gemeinden der verschiedenen Einwohnerklassen unterschiedliche Zuwächse verzeichneten, was teils mit den finanzausgleichspolitischen Veränderungen, teils mit Ausgliederungen und Aufgabenübertragungen an Dritte zusammenhängt.

Die folgende Tabelle 7 weist die Höhe und die Veränderung zwischen 2002 und 2007 wichtiger laufender Ausgaben pro EinwohnerIn nach Größenklassen der Gemeinden aus.

Leistungen für Personal

Die Gemeinden (ohne Wien) wandten im Jahr 2007 pro Kopf 309,3 € für ihr Personal auf, was etwas mehr als den Einnahmen aus eigenen Steuern der Gemeinden entspricht. Kleinstgemeinden leisteten mit 281,1 € pro EinwohnerIn leicht unter dem Durchschnitt liegende Personalausgaben, Gemeinden mit mehr als 20.000 EW wendeten hierfür 719,2 bzw. 689,8 € pro EinwohnerIn auf. Diese beachtlichen Unterschiede ergeben sich vor allem aus den unterschiedlichen Aufgaben und Einrichtungen der größeren Gemeinden. Gegenüber dem Jahr 2002 sind die Pro-Kopf-Ausgaben im Jahr 2007 um 21,4 Prozent gestiegen, wobei die Ausgabensteigerung bei Kleingemeinden deutlich stärker als bei Gemeinden mit mehr als 10.000 EW – vor allem bedingt durch Ausgliederungen von Aufgaben – ausgefallen ist.

Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Der Verwaltungs- und Betriebsaufwand der Gemeinden betrug im Jahr 2007 pro Kopf 442,0 €. Der Pro-Kopf-Aufwand machte in Gemeinden mit weniger als 5.000 EW rund 425 € aus, in Gemeinden mit 5.001 bis 20.000 EW rund 580 bzw. 592 € und in Gemeinden mit mehr als 20.000 EW rund 650 bzw. 721 €.

Zwischen 2002 und 2007 sind die Pro-Kopf-Ausgaben für den Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 19 Prozent angestiegen. Die geringsten Zuwächse weisen die Gemeinden zwischen 10.001 und 20.000 EW auf; überdurchschnittlich stark gestiegen sind dagegen die Betriebsaufwendungen bei den Gemeinden bis 5.000 EW sowie bei den Gemeinden über 50.000 EW.

⁴ Zum besseren Verständnis der vielfältigen Rechtsgrundlagen für die diversen Transferzahlungen zwischen den Gebietskörperschaften und deren finanzwirtschaftliche Auswirkungen siehe die Analyse von Bröthaler, J.; Bauer, H.; Schönböck, W.: Österreichs Gemeinden im Netz der finanziellen Transfers: Steuerung, Förderung, Belastung; Wien-New York 2006.

Laufende Transferausgaben

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) leisteten beachtliche Transferzahlungen an andere Gebietskörperschaften, in geringerem Maß auch an private Haushalte. Sie beliefen sich im Jahr 2007 pro Kopf auf 422,6 €. Nach Größenklassen betrachtet liegen die Pro-Kopf-Transferausgaben zwischen 399,4 € bei den Kleinstgemeinden und 675,5 € bei den Großstädten. Gegenüber 2002 haben die Transferzahlungen um beachtliche 28,9 Prozent zugenommen (im Vergleich: die Zunahme der Einnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben im selben Zeitraum betrug 17,4 Prozent). Dies ist vor allem auf die besonders stark steigenden Umlagen und Beiträge der Gemeinden an das Land für den Sozialbereich (bzw. an die Gemeindeverbände für die Sozialhilfe in den Ländern Oberösterreich und Steiermark) und für die Krankenanstaltenabgangsdeckung zurückzuführen.

Tabelle 7: **Ausgewählte Ausgaben der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2002-2007**

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2002- 2007
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Index 2002 = 100
	Beträge in €/Kopf						
Leistungen für Personal							
0 bis 2.500	228,5	239,9	248,1	257,9	270,9	281,1	123,0
2.501 bis 5.000	272,0	287,2	295,6	306,1	320,9	330,6	121,5
5.001 bis 10.000	370,5	387,7	399,6	415,0	433,5	447,5	120,8
10.001 bis 20.000	522,4	500,1	510,4	527,4	520,6	529,5	101,3
20.001 bis 50.000	614,1	643,3	661,0	682,2	703,1	719,2	117,1
50.001 bis 500.000	666,3	693,9	708,0	695,0	674,0	689,8	103,5
Gemeinden gesamt	254,8	266,7	275,2	285,7	298,9	309,3	121,4
Verwaltungs- und Betriebsaufwand							
0 bis 2.500	358,7	375,8	387,1	401,3	430,6	427,3	119,1
2.501 bis 5.000	346,9	365,5	376,0	394,2	421,2	424,7	122,5
5.001 bis 10.000	510,9	530,2	545,8	538,3	567,7	579,5	113,4
10.001 bis 20.000	526,3	546,4	530,9	557,1	564,5	592,1	112,5
20.001 bis 50.000	577,2	587,8	648,6	646,0	635,1	652,0	113,0
50.001 bis 500.000	585,0	586,5	628,9	670,9	694,6	720,9	123,2
Gemeinden gesamt	371,6	389,0	400,3	414,1	442,3	442,0	119,0
laufende Transferausgaben							
0 bis 2.500	310,0	323,6	340,5	355,1	374,3	399,4	128,8
2.501 bis 5.000	352,1	369,3	391,9	410,5	432,2	464,0	131,8
5.001 bis 10.000	389,0	402,3	427,1	466,9	494,6	497,6	127,9
10.001 bis 20.000	487,8	484,6	521,5	540,9	548,7	575,2	117,9
20.001 bis 50.000	501,6	562,7	590,9	604,5	587,6	608,2	121,3
50.001 bis 500.000	568,5	609,0	689,9	632,5	658,9	675,7	118,9
Gemeinden gesamt	327,9	342,2	361,3	378,0	397,7	422,6	128,9

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

Ergebnis der laufenden Gebarung

Der Saldo der laufenden Gebarung (Tabelle 8) betrug im Jahr 2007 im Durchschnitt der Gemeinden (ohne Wien) pro EinwohnerIn 230,8 €. Dabei zeigen sich je nach Einwohnerklasse deutliche Unterschiede. Der niedrigste Saldo der laufenden Gebarung findet sich bei den Städten ab 50.000 EW, gefolgt von den Gemeinden unter 2.500 EW mit 221,6 € pro Kopf. Der höchste Saldo findet sich mit 425,9 € pro Kopf bei den Gemeinden zwischen 20.001 bis 50.000 EW, was jedoch zu einem großen Teil aus Ausgliederungen zurückzuführen sein dürfte.

Zwischen 2002 und 2007 verbesserte sich der Saldo der laufenden Gebarung pro Kopf insgesamt um 6,6 Prozent. Dabei reduzierte sich der Saldo jedoch bis 2004 mit 198,8 € pro Kopf deutlich und stieg im Jahr 2007 sprunghaft auf 230,8 € pro Kopf an. Die stärkste Steigerung des Saldos findet sich dabei bei den Gemeinden über 20.000 EW, ein leichter Rückgang besteht bei den Gemeinden zwischen 10.001 und 20.000 EW. Bei der Interpretation des Saldos der laufenden Gebarung ist jedoch zu beachten, dass Ausgliederungen die Ergebnisse kurzfristig beeinflussen können.

Tabelle 8: Salden der laufenden Gebarung nach Einwohnerklassen pro Kopf, 2002-2007

Einwohnerklassen	durchschnittliche Pro-Kopf-Salden der Gemeinden (ohne Wien)						Veränderung 2002-2007
	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Index
	Beträge in €/Kopf						2002 = 100
Saldo 1 - Ergebnis der laufende Gebarung							
0 bis 2.500	208,6	187,8	192,9	201,2	196,8	221,6	106,3
2.501 bis 5.000	237,0	226,4	223,3	227,9	222,9	245,8	103,7
5.001 bis 10.000	244,2	270,8	216,6	207,3	212,9	277,8	113,8
10.001 bis 20.000	237,7	212,0	190,6	217,1	221,7	236,0	99,3
20.001 bis 50.000	272,0	186,3	157,8	188,4	234,4	425,9	156,6
50.001 bis 500.000	134,3	95,9	12,9	80,3	190,2	179,1	133,4
Gemeinden gesamt	216,5	199,8	198,8	206,1	203,1	230,8	106,6

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Anmerkung zur Durchschnittsberechnung: Mittelwert der Pro-Kopf-Einnahmen der einzelnen Gemeinden.

3. Jahresergebnis, Maastricht-Defizit und Ergebnis der Primärgebarung

3.1 Die Salden der Rechnungsquerschnitte und die Jahresergebnisse

Der Saldo der laufenden Gebarung gilt als Indikator für die Ertragskraft der Gemeinden. Er gibt an, in welchem Umfang laufende Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt sind. Der Saldo wird zu Vergleichszwecken oft in Prozent der laufenden Einnahmen angegeben. Dieser Saldo ist in den Gemeinden in aller Regel positiv; dies bedeutet, dass der laufende Haushalt Mittel zur Bedeckung der Ausgaben der Vermögensgebarung abwirft.

Der Saldo der Vermögensgebarung zeigt an, in welcher Höhe Einnahmen aus Vermögensverkäufen sowie aus Zuschüssen Dritter zur Finanzierung der Investitionen und der Ausgaben für Investitionszuschüsse beigetragen haben; meist wird dieser Saldo negativ sein.

Das Ergebnis der Finanztransaktionen ist ebenfalls aufschlussreich, da die Aufnahme und Rückzahlung von Finanzmitteln besonderer Art, nämlich hauptsächlich von Finanzschulden, die Aufstockungen und Entnahmen aus Rücklagen sowie die Entwicklung von Wertpapierbeständen betrachtet werden.

Die drei Ergebnisse der einzelnen Gebarungsteile zusammen genommen zeigen das Jahresergebnis ohne die Verrechnungen zwischen o. und ao. Haushalt und ohne die Abwicklung der Vorjahre.

Tabelle 9 zeigt die Jahresergebnisse der Gebarung der Gemeinden ohne Wien und Wiens für die Jahre 2006 und 2007.

Tabelle 9: Jahresergebnisse der Gemeindegebarung 2006 und 2007

Bezeichnung	Gemeinden ohne Wien				Wien			
	Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1)	Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)	Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)	Jahresergebnis ohne Verrechnungen (Saldo 4)*	Ergebnis der laufenden Gebarung (Saldo 1)	Ergebnis der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen (Saldo 2)	Ergebnis der Finanztransaktionen (Saldo 3)	Jahresergebnis ohne Verrechnungen (Saldo 4)*
Beträge in 1.000 €								
2006 Summe o. + ao. Haushalt	1.299.460	-1.230.854	-15.716	52.890	881.388	-718.413	-161.621	1.355
2007 Summe o. + ao. Haushalt	1.586.123	-1.377.375	-147.865	60.883	965.108	-877.827	-93.049	-5.768
Index 2006=100								
2006/2007 Summe o. + ao. Haushalt	122,1	111,9	940,8	115,1	109,5	122,2	57,6	-

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

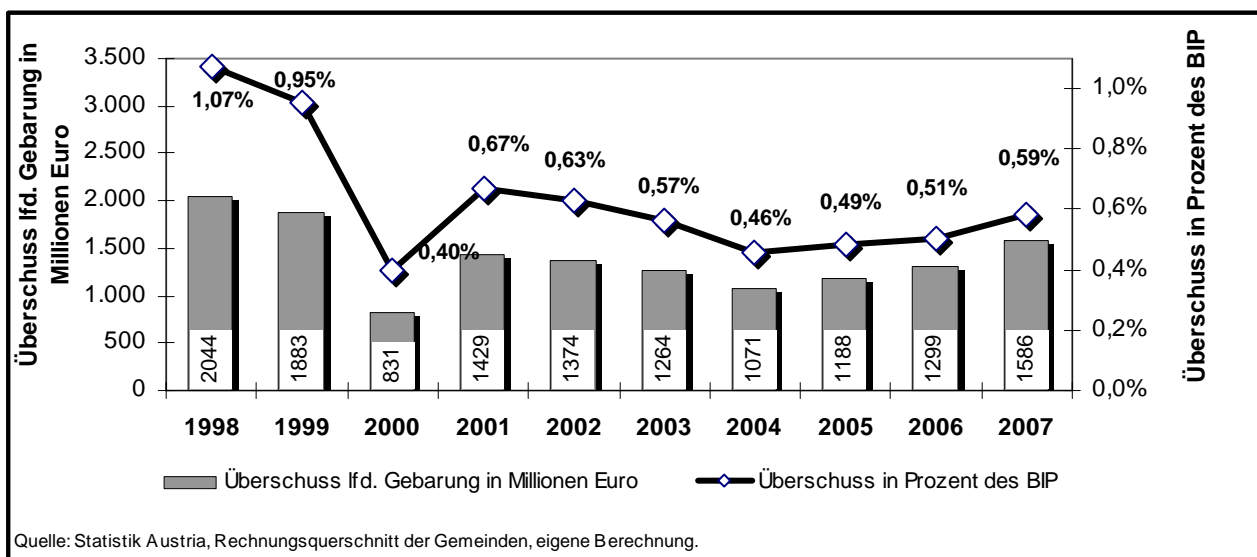
* (+)=Überschuss, (-)=Fehlbetrag

Im Jahr 2007 standen in der Gesamtheit der österreichischen Gemeinden (ohne Wien) einem positiven Saldo der laufenden Gebarung von rund 1.586,1 Mio. € ein Saldo der Vermögensgebarung ohne Finanztransaktionen von minus 1.377,4 Mio. € gegenüber. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt aller

Gemeinden ohne Wien die Investitionen und Investitionsförderungen mit den Einnahmen der Vermögensgebarung und aus den Überschüssen der laufenden Gebarung bedeckt werden konnten. Weiters wurde ein negativer Saldo der Finanztransaktionen von 147,9 Mio. € erreicht, womit ein Abbau der Verschuldung bzw. ein Rücklagenaufbau angezeigt wird. Das Jahresergebnis wies somit insgesamt ein leichtes Plus von 60,9 Mio. € auf, welches i.d. Regel zur Abwicklung von Fehlbeträgen aus den Vorjahren und / oder für Vorträge auf neue Rechnung verwendet wird. Für Wien ergab sich im Jahr 2007 ein Überschuss der laufenden Gebarung von 965,1 Mio. €, ein negativer Saldo der Vermögensgebarung von lediglich 877,8 Mio. € sowie ein negatives Ergebnis der Finanztransaktionen von minus 93,0 Mio. €. Dies bedeutet insgesamt eine signifikante Entschuldung.

Die Entwicklung der Salden der laufenden Gebarung der Gemeinden ohne Wien wird – wegen der zentralen Bedeutung für die Finanzpolitik – auch für die Periode von 1998 bis 2007 in der nachstehenden Grafik dargestellt. Diesen Angaben kann eine offenbar nachhaltige und massive Reduzierung (Verschlechterung) des Überschusses der laufenden Gebarung von rund 2 Milliarden € in den Jahren 1998 auf 1.071 Mio. € im Jahr 2004 entnommen werden. Seit dem Jahr 2005 ist ein – wohl konjunkturbedingter – leichter Aufwärtstrend erkennbar, welcher im Jahr 2007 mit 1.586 Mio. € seinen bisherigen Höhepunkt seit 2004 erreichte.

Abbildung 1: **Saldo der laufenden Gebarung (Saldo 1) der Gemeinden ohne Wien, 1998-2007**



3.2 Das öffentliche Defizit („Maastricht-Defizit“)

Das „Maastricht-Defizit“ (gegebenenfalls auch ein Überschuss) ist eine andere wichtige Kennzahl zur Beurteilung der Finanzen der Gebietskörperschaften; es wird auch als Netto-Defizit bezeichnet. Es drückt die Entwicklung der Finanzkraft der Verwaltungen ohne die Eigenbetriebe (ausgenommen die Zuschüsse an oder die Ablieferungen von diesen) aus und stellt die Neuverschuldung (gegebenenfalls auch eine Entschuldung) der **öffentlichen Haushalte ohne den Unternehmensbereich (Eigenbetriebe)** nach Vornahme der Investitionen und Investitionsförderungen dar.

Der Maastricht-Saldo sollte weder mit dem Saldo der laufenden Gebarung noch mit dem Haushaltsergebnis (Jahresergebnis bzw. administratives Defizit) verwechselt werden. Bei der Bestimmung des Maastricht-Ergebnisses bleiben die Einnahmen und Ausgaben der Finanztransaktionen unberücksichtigt, was die Notwendigkeit zusätzlicher Verschuldung gegenüber dem Kreditsektor oder eine Entschuldung anzeigt.

Die bis zum Jahr 2001 überwiegend einnahmenseitig erfolgte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte führte im Jahr 2001 einmalig zum bisher positivsten Ergebnis in Höhe von -20 Mio. € oder „0,0 Prozent des BIP“. Das Jahr 2002 brachte dann – nicht zuletzt wegen der ungünstigen konjunkturellen Lage – wieder ein Defizit von -1.466 Mio. € (-0,7 Prozent des BIP). In den Jahren 2003 ist ein weiteres Anwachsen des öffentlichen Defizits auf 1,4 Prozent zu registrieren. 2004 betrug das öffentliche Defizit -10.232 Mio. € bzw. -4,4 Prozent des BIP, was insbesondere auf die ÖBB-Reform 2004 (Kapitalaufstockung, Schuldennachlass) und die damit zusammenhängenden Bundesausgaben bzw. Bilanzveränderungen zurückzuführen ist. Im

Jahr 2005 kam es wegen der Auswirkungen der Steuerreform zu einem weiteren Anstieg des Netto-Defizits auf -3.661 Mio. € oder -1,5 Prozent des BIP bzw. im Jahr 2006 trotz verbesserter konjunktureller Lage auf -3.950 Mio. € oder -1,5 Prozent des BIP, wozu auch einmalige Effekte beigetragen haben. Im Jahr 2007 konnte ein Netto-Defizit von 1.122 Mio. € bzw. -0,4 Prozent erreicht werden. Für 2008 wird ein neuerlicher Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits auf mindestens 1.955 Mio. € oder -0,7 Prozent erwartet.

Tabelle 10 zeigt die Entwicklung des Brutto-Inlandsproduktes, des öffentlichen Defizits und des öffentlichen Schuldenstandes von 1998 bis 2008 für den gesamten Staatssektor.

Die gesamte öffentliche Verschuldung erhöhte sich absolut von einem Schuldenstand 1998 von 123,6 Mrd. € auf rund 165 Mrd. €, gemessen an den Anteilen am BIP konnte eine Reduzierung der öffentlichen Schulden vom Höchststand des Jahres 1999 mit 67,2 Prozent des BIP auf 58,0 Prozent des BIP erreicht werden. Das bedeutet, dass zum Jahresende 2006 der Stand der öffentlichen Schulden noch immer deutlich über der von der EU definierten Grenze von 60 Prozent des BIP lag.

Tabelle 10: **Bruttoinlandsprodukt, öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand**

Jahr	BIP	öffentliches Defizit (-); Überschuss (+)		Öffentlicher Schuldenstand	
		Mio. €	in % BIP	Mio. €	in % BIP
	Mio. €	gemäß ESVG 1995		gemäß EU-Rats-VO Nr. 475/2000	
1998	190.851	-4.488	- 2,4	123.614	64,8
1999	197.979	-4.487	- 2,3	133.031	67,2
2000	207.529	-3.504	- 1,7	138.040	66,5
2001	212.499	-20	0,0	142.598	67,1
2002	218.848	-1.466	- 0,7	145.434	66,5
2003	223.302	-3.170	- 1,4	146.300	65,5
2004	232.782	-10.232	- 4,4	150.729	64,8
2005	244.453	-3.661	- 1,5	155.753	63,7
2006	257.294	-3.950	- 1,5	159.484	62,0
2007	270.837	-1.122	- 0,4	161.110	59,5
2008	284.240	-1.955	- 0,7	165.000	58,0

Statistik Austria (Öffentliches Defizit/öffentlicher Überschuss; öffentlicher Schuldenstand; BIP 1998-2007), BMF (Öffentliches Defizit, öffentlicher Schuldenstand 2008), WIFO (BIP 2008) - Berechnungsstand 30. 9. 2008.

Die „Maastricht-Beiträge“ der Länder und der Gemeinden zum gesamtstaatlichen Maastricht-Ergebnis weichen stark von der oben gezeigten gesamtstaatlichen Entwicklung sowie von der Entwicklung der Maastricht-Defizite des Bundes ab:

- Die Länder ohne Wien wiesen – mit Ausnahme der Jahre 2005 und 2006 – in allen Jahren der Untersuchungsperiode Maastricht-Überschüsse auf. Allerdings zeigt sich zwischen 1998 und 2006 ein Trend einer deutlichen Reduzierung der jährlichen Überschüsse von 650 Mio. € (1998) auf -625 Mio. € (2006), wo neben einmaligen Effekten auch strukturelle Ungleichgewichte zumindest in einigen Bundesländern gegeben waren.
- Bei den Gemeinden ohne Wien sind in den Jahren von 1998 bis 2000 wechselnde – relativ geringe – Defizite und Überschüsse festzustellen. 2001 brachte die große Steuerform mit ihren Vorzieheffekten bei einigen Einnahmenkategorien und die restriktive Investitionspolitik den Gemeinden etwas „Luft“, sie erwirtschafteten 2001 und auch 2002 Überschüsse von 219 bzw. 213 Mio. €. Im Jahr 2003 und 2004 reduzierte sich der Überschuss spürbar auf 80 Mio. € bzw. 12 Mio. €. In den Jahren 2005 bis 2007 konnten – teils als Folge von Übertragungen von Gemeindespitalern an einzelne Länder – höhere Überschüsse von 205 Mio. bis 266 Mio. € erzielt werden.
- Relativ günstig und auffallend kontinuierlich konnte das Maastricht-Ergebnis der Bundeshauptstadt gestaltet werden. Einem starken Defizitabbau in den frühen 90er Jahren folgten ab 1997 ausschließlich Überschüsse. In den Jahren 2001 bis 2004 lagen diese jeweils und zum Teil deutlich über der Schwelle von 300 Mio. €, im Jahr 2005 bis 2007 betrug der Überschuss 275, 287 bzw. 260 Mio. €, was jeweils mehr als 0,10 Prozent des BIP entspricht.

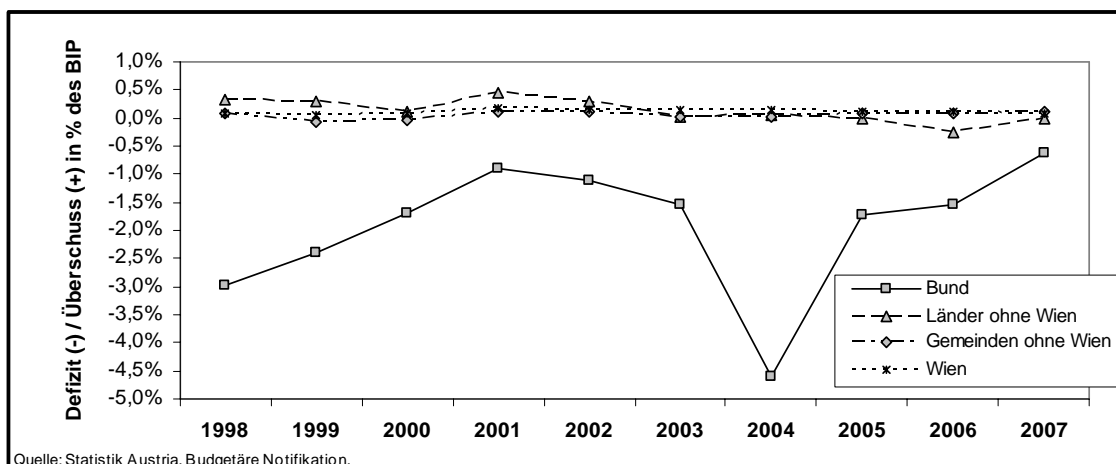
Tabelle 11 zeigt die Maastricht-Ergebnisse des Sektors der Länder (einschließlich Landesfonds) und des Gemeindesektors von 1998 bis 2007.

Tabelle 11: Maastricht-Ergebnisse nach Rechtsträgerebenen

Rechtsträger	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	in Millionen €									
Bund	- 5.663	- 4.733	- 3.524	- 1.888	- 2.430	- 3.425	- 10.743	- 4.222	- 3.995	- 1.686
Länder ohne Wien	650	586	251	983	653	44	118	- 1	- 625	10
Gemeinden ohne Wien	139	- 126	- 75	219	213	80	12	205	218	266
Wien	132	113	195	344	339	317	332	275	287	260
in Prozent des BIP										
Bund	- 2,97	- 2,39	- 1,70	- 0,89	- 1,11	- 1,53	- 4,61	- 1,73	- 1,55	- 0,62
Länder ohne Wien	0,34	0,30	0,12	0,46	0,30	0,02	0,05	0,00	- 0,24	0,00
Gemeinden ohne Wien	0,07	- 0,06	- 0,04	0,10	0,10	0,04	0,01	0,08	0,08	0,10
Wien	0,07	0,06	0,09	0,16	0,15	0,14	0,14	0,11	0,11	0,10

Quelle: Statistik Austria, Budgetäre Notifikation. Berechnungsstand 30. 9. 2008.

Abbildung 2: Maastricht-Ergebnis nach Rechtsträgerebene in Prozent des BIP, 1998 bis 2007



Quelle: Statistik Austria, Budgetäre Notifikation.

Anzumerken ist, dass im Österreichischen Stabilitätspakt 2005, der gemeinsam mit dem Finanzausgleichsgesetz 2005 zwischen den Gebietskörperschaften abgeschlossen worden ist, für die Gemeinden für das Jahr 2005 bis 2008 jeweils ein Null-Ergebnis und für die Länder inklusive Wien für 2005 und 2006 jeweils Haushaltsüberschüsse in Höhe von mindestens 0,6 Prozent des BIP vereinbart worden sind.

Der von den Ländern zu erbringende Stabilitätsbeitrag belief sich nach den damaligen Berechnungen auf rund 1,46 Mrd. €. Davon sollte Wien einen Beitrag von 265 Mio. € erreichen, die anderen Ländern zusammen knapp unter 1.200 Mio. €. Die oben angeführten Ergebnisse für die Jahre 2005 und 2006 zeigen, dass lediglich Wien die Vorgaben des Stabilitätspaktes erreicht hat, während mehrere andere Bundesländer anstelle von vereinbarten Überschüssen Fehlbeträge ausweisen mussten.

Mit dem Stabilitätspakt 2008 wird für die Gemeinden in den Jahren 2008 bis 2013 wieder ein Null-Ergebnis erwartet.

3.3 Ergebnis der Primären Gebarung

Eine weitere Kennzahl zur Beurteilung der Qualität der öffentlichen Finanzen ist der Primärüberschuss bzw. das Primärdefizit, welches sich nach Bereinigung der Gesamteinnahmen um die Schuldenaufnahmen und der Gesamtausgaben um die Schuldentilgungen ergibt. Zur nachhaltigen Entschuldung der Budgets ist die Erwirtschaftung von „Primärüberschüssen“ in den Haushalten notwendig.

Im Jahr 2007 erreichten die Gemeinden ohne Wien ein Primärdefizit von etwa -45,6 Mio. €, was gegenüber dem Jahr 2004 eine spürbare Entlastung bedeutet. Insgesamt ergab die Primäre Gebarung der Jahre 1998 bis 2007 nur zwei Mal, nämlich in den Jahren 2001 und 2002 Überschüsse, in allen anderen Jahren jedoch teils beachtlich hohe Defizite.

Tabelle 12 zeigt die Entwicklung der Primärdefizite und Primärüberschüsse der Gemeinden (ohne Wien) von 1998 bis 2007.

Tabelle 12: Primärüberschuss und Primärdefizit (Gemeinden ohne Wien)

Jahr	Gesamteinnahmen			Gesamtausgaben			Überschuss (+); Defizit (-)
	Insgesamt	Schuld- aufnahme	Bereinigte Einnahmen	Insgesamt	Schuldtilgung	Bereinigte Ausgaben	
Beträge in Millionen €							
1998	13.412,6	1.032,6	12.379,9	13.184,7	645,3	12.539,4	- 159,4
1999	13.657,0	1.110,3	12.546,7	13.510,3	653,3	12.857,0	- 310,3
2000	13.541,5	1.028,0	12.513,5	13.311,0	636,3	12.674,7	- 161,2
2001	14.113,5	896,2	13.217,3	13.804,5	671,4	13.133,1	84,2
2002	14.806,6	989,7	13.816,9	14.581,0	803,3	13.777,7	39,2
2003	15.010,6	1.099,1	13.911,5	14.813,3	798,5	14.014,7	- 103,2
2004	14.579,2	1.154,6	13.424,6	14.588,8	780,7	13.808,1	- 383,5
2005	15.207,2	1.224,6	13.982,6	15.188,6	1.054,8	14.133,8	- 151,2
2006	15.260,1	1.023,0	14.237,1	15.229,1	865,0	14.364,1	- 127,0
2007	16.141,4	1.066,3	15.075,1	16.083,5	962,8	15.120,7	- 45,6

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

4. Detaillierte Analyse der Gemeindeabgaben

4.1 Die Einnahmen der Gemeinden aus eigenen Abgaben

Die eigenen Steuern der Gemeinden ohne Wien (siehe Tabelle 13.1) nahmen im Jahr 2007 um 130,3 Mio. auf 2,63 Mrd. € zu, was gegenüber 2006 einen Zuwachs von 5,2 Prozent bedeutet. Im Zehnjahresvergleich ist das Aufkommen an Gemeindeabgaben lediglich um 13,4 Prozent gewachsen. Diese geringe nominelle Zunahme⁵ hängt mit der Abschaffung der Getränkesteuer im Jahr 2000 zusammen (die Getränkesteuer-Ersatzlösung wurde über erhöhte Ertragsanteile der Gemeinden am Steuerverbund erzielt; allerdings ist kein vollständiger Ersatz geboten worden) und ist weiters mit der teils geringen Aufkommensdynamik bei einzelnen Gemeindeabgaben zu begründen.

Am stärksten sind die Einnahmen aus der Kommunalsteuer (+38,5 Prozent) und aus den Grundsteuern (+30,2 Prozent) gestiegen. Überdurchschnittlich stark stiegen auch die Einnahmen aus den Fremdenverkehrsabgaben, Orts- und Kurtaxen (+22,8 Prozent). Verhalten entwickelten sich die konjunktursensiblen Interessentenbeiträge, die von 2000 bis 2006 stagnierten und im Jahr 2007 zunahmen.

Die mit Abstand wichtigste Gemeindesteuer ist die Kommunalsteuer, sie erbrachte 2007 1,64 Mrd. € und trug mit 62,3 Prozent zu den gesamten Gemeindeabgaben bei. Das im letzten Jahrzehnt festgestellte beachtliche Wachstum der Grundsteuern in Höhe von 30,2 Prozent ist vor allem auf laufende Umwidmungen zurückzuführen. So bedeutet die Änderung der Grundstücksnutzung (z.B. Umwidmung von Ackerland in Bauland bzw. Betriebsgrundstücke) höhere Einheitswerte, welche eine erweiterte Bemessungsgrundlage für die Grundsteuer ergeben.

Tabelle 13.1: Entwicklung des Aufkommens an Gemeindeabgaben (ohne Wien)

Aufkommen	in Millionen €										Index 1998= 100
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Gewerbesteuer	21,6	8,3	7,8	8,5	3,3	1,2	1,9	-0,2	0,4	0,2	0,9
Kommunalsteuer	1.160,1	1.216,1	1.244,3	1.276,9	1.331,2	1.375,4	1.421,7	1.470,1	1.538,9	1.636,1	141,0
Kommunalsteuer + GewSt	1.181,7	1.224,4	1.252,1	1.285,5	1.334,5	1.376,6	1.423,6	1.470,0	1.539,3	1.636,3	138,5
Getränkesteuer	335,7	334,3	155,3	21,1	4,4	0,0	0,0	0,4	2,6	3,2	1,0
Grundsteuern	355,8	369,2	378,3	396,6	401,8	418,2	430,7	440,6	452,2	463,3	130,2
Interessentenbeiträge	232,5	221,1	255,9	246,4	235,0	250,6	242,6	254,1	255,8	262,8	113,0
Ankündigungsabgabe	11,9	12,8	8,0	0,1	-0,3	1,7	0,1	-0,1	-0,3	0,1	0,5
Fremdenverkehrsabgaben, Orts- und Kurtaxen	49,5	49,3	54,8	49,4	51,3	53,8	54,9	55,8	58,4	60,7	122,8
sonstige Gemeindeabgaben	2.042,9	149,9	178,5	160,3	165,8	139,1	182,3	171,5	187,3	199,3	9,8
Gemeindeabgaben insgesamt	2.315,5	2.360,9	2.282,8	2.159,5	2.192,4	2.239,9	2.334,3	2.392,2	2.495,4	2.625,7	113,4

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

⁵ Im Vergleich dazu ist das nominelle BIP zwischen den Jahren 1998 und 2007 um 41,9 Prozent gestiegen.

In Wien (siehe Tabelle 13.2) nahmen die Gemeindeabgaben von 2006 auf 2007 um 58,5 Mio. € oder 6,0 Prozent zu. In der gesamten Dekade von 1998 bis 2007 wuchsen sie leicht von 986,1 Mio. € im Jahr 1998 auf 1.027,3 Mio. € im Jahr 2007. In Wien wurde die Entwicklung der Gemeindeabgaben vom Ausfall der Getränkesteuer und der Ankündigungsabgabe sowie vom Anstieg der Kommunalsteuer, der Grundsteuer und der „sonstigen“ Gemeindeabgaben geprägt.

Tabelle 13.2: **Entwicklung des Aufkommens an Gemeindeabgaben für Wien**

Aufkommen	in Millionen €										Index 1998= 100
	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	
Gewerbesteuer	8,6	3,0	4,1	1,8	0,2	0,3	0,2	0,4	0,4	0,1	1,7
Kommunalsteuer	463,2	479,3	491,1	519,8	514,3	512,3	524,0	539,7	557,8	599,6	129,4
Kommunalsteuer + GewSt	471,8	482,3	495,1	521,6	514,6	512,6	524,2	540,1	558,2	599,7	127,1
Getränkesteuer	72,6	74,5	22,9	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Grundsteuern	76,4	81,4	84,5	82,8	88,2	91,8	91,9	97,9	91,7	92,1	120,6
Interessentenbeiträge	0,3	0,3	0,2	0,1	0,3	0,0	0,2	0,6	0,5	0,1	39,5
Ankündigungsabgabe	44,8	12,1	73,3	73,3	0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
sonstige Gemeindeabgaben	320,2	353,9	294,1	211,2	277,1	289,9	289,8	298,8	318,4	335,4	104,7
Gemeindeabgaben insgesamt	986,1	1.004,6	970,2	888,9	880,6	894,3	906,1	937,4	968,8	1.027,3	104,2

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

4.2 Ertragsanteile als wichtigste Einnahmenquelle der Gemeinden

Die Ertragsanteile der Gemeinden an den gemeinschaftlichen Bundesabgaben (auch als Anteil am Steuerverbund bezeichnet) sind die wichtigste Einnahmenquelle der Gemeinden (siehe Tabelle 14). Im Jahr 2007 erbrachten sie den Gemeinden (ohne Wien) 5.393 Mio. €. Die Bundeshauptstadt erzielte 1.672 Mio. € als Land und 1.864 Mio. € als Gemeinde, insgesamt also 3.536 Mio. €. Zwischen dem Jahr 2001 und 2005 sind die Ertragsanteile der Gemeinden ohne Wien um lediglich 0,4 Prozent gestiegen, jene der Stadt Wien um knapp über 3 Prozent gesunken.

Die Stagnation bzw. der Rückgang der Einnahmen aus Ertragsanteilen ist generell auf zwei Umstände zurückzuführen: Zum einen auf die durch die Maßnahmen zur Budgetsanierung verursachten Vorzieheffekte im Jahr 2001 und zum anderen auf eine erste Etappe der Steuerreform. Auch die schwache Konjunktorentwicklung der Jahre 2000 bis 2004 hat dazu beigetragen. Im Jahr 2007 konnte aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung ein deutlicher Aufschwung verzeichnet werden. So stiegen die Ertragsanteile der Gemeinden (ohne Wien) gegenüber dem Jahr 2006 um 385 Mio. € bzw. 7,7 Prozent, die Ertragsanteile von Wien um 262 Mio. € bzw. 8,0 Prozent.

Tabelle 14: **Entwicklung der Ertragsanteile bei Bund, Ländern und Gemeinden (ohne Vorweganteile)**

Jahr	Ertragsanteile insg. in Mio.€ (= 100%)	Bund		Länder (ohne Wien)		Wien				Gemeinden (ohne Wien)	
		Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil	als Land		als Gemeinde		Mio. €	Anteil
						Mio. €	Anteil	Mio. €	Anteil		
1998	39.410	27.429	69,6	5.261	13,3	1.378	3,5	1.412	3,6	3.930	10,0
1999	40.158	28.012	69,8	5.334	13,3	1.396	3,5	1.447	3,6	3.969	9,9
2000	41.634	28.981	69,6	5.487	13,2	1.435	3,4	1.520	3,7	4.211	10,1
2001	46.910	33.257	70,9	5.740	12,2	1.505	3,2	1.692	3,6	4.717	10,1
2002	45.620	32.463	71,2	5.583	12,2	1.426	3,1	1.581	3,5	4.567	10,0
2003	44.423	31.733	71,4	5.369	12,1	1.370	3,1	1.576	3,5	4.374	9,8
2004	46.635	33.302	71,4	5.640	12,1	1.438	3,1	1.613	3,5	4.642	10,0
2005	51.266	37.731	73,6	5.710	11,1	1.453	2,8	1.637	3,2	4.736	9,2
2006	53.818	39.517	73,4	6.019	11,2	1.533	2,8	1.741	3,2	5.008	9,3
2007	58.094	42.596	73,3	6.569	11,3	1.672	2,9	1.864	3,2	5.393	9,3
<i>Index 1998 = 100</i>											
2007	147,4	155,3		124,9		121,3		132,0		137,2	

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Die schon angeführte Zentralisierungstendenz, also das Wachsen des Bundesanteils am Steuerverbund zu Lasten der Länder und Gemeinden ist sehr deutlich festzustellen: Während die Ertragsanteile in den Jahren von 1998 bis 2007 insgesamt um 47,4 Prozent zunahmen, reservierte sich der Bund ein überdurchschnittlich großes Stück vom Kuchen (+55,3 Prozent); die Länder ohne Wien mussten mit 24,9 Prozent, die Stadt Wien

als Land mit 21,3 Prozent und als Gemeinde mit 32,0 Prozent sowie die Gemeinden ohne Wien mit 37,2 Prozent weit unterdurchschnittliche Steuererhöhungen hinnehmen.

4.3 Abgabenaufkommen der Gemeinden im regionalen Vergleich

Auch ein Vergleich der Abgabenerträge – das ist die Summe der gemeindeeigenen Abgaben und der kommunalen Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben – nach Bundesländern lässt Entwicklungsunterschiede erkennen (siehe Tabelle 15).

Während die Abgabenerträge von 1998 bis 2007 im Gemeindefektor (ohne Wien) um 27,9 Prozent zunahm, verzeichnete Wien – nicht zuletzt wegen der relativen Bevölkerungsverluste – eine Steigerung um lediglich 22,4 Prozent. Das stärkste Wachstum der Abgabenerträge zeigte sich im genannten Zeitraum in den burgenländischen (+31,1 Prozent) und in den Tiroler (+31,5 Prozent) Gemeinden. Den schwächsten Zuwachs beim Abgabenaufkommen erzielten die Kärntner Gemeinden (+23,9 Prozent). Es ist offensichtlich, dass nicht nur regional unterschiedliche konjunkturelle Entwicklungen zu diesem Ergebnis beitrugen, sondern auch – wie bereits mehrfach erwähnt – die unterschiedlichen Veränderungsraten bei der Bevölkerung und wohl auch unterschiedliche Entwicklungen der Wirtschaftsstruktur.

Diese Gegebenheiten und Trends haben das seit vielen Jahren bestehende West-Ost-Gefälle der Pro-Kopf-Abgabenerträge (inklusive Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen) weiter spürbar gemildert. Die Bandbreite der Pro-Kopf-Abgabenerträge zwischen den Gemeinden der verschiedenen Bundesländer ging deutlich zurück. Der Vergleich der Pro-Kopfquoten im Jahr 1998 zeigte beispielsweise für die Gemeinden des Landes Burgenland ein Aufkommen in der Höhe von 60,0 Prozent des Aufkommens der Salzburger Gemeinden; im Jahr 2007 hingegen von 62,8 Prozent, was ein Ergebnis des (langsamen) Aufholprozesses bildet.

Tabelle 15: **Abgabenerträge der österreichischen Gemeinden nach Bundesländern**

Jahr	Burgenland	Kärnten	Niederösterreich	Oberösterreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Summe o. Wien	Wien insg.	Gesamtsumme
	in Millionen €										
1998	184,7	507,1	1.224,2	1.259,9	538,7	995,3	636,6	346,8	5.693,2	3.692,8	9.386,0
1999	188,5	519,1	1.265,3	1.270,3	548,7	1.019,4	657,9	356,1	5.825,4	3.863,1	9.688,5
2000	193,1	522,2	1.260,8	1.296,5	561,5	1.035,8	658,6	352,9	5.881,3	3.898,8	9.780,1
2001	209,4	555,6	1.314,3	1.348,6	572,9	1.094,2	695,8	381,3	6.172,2	3.921,5	10.093,7
2002	207,3	551,6	1.336,4	1.385,2	589,0	1.084,7	723,0	389,2	6.266,4	3.962,0	10.228,4
2003	209,4	546,8	1.343,4	1.367,7	590,6	1.079,4	715,0	392,5	6.244,8	3.906,9	10.151,6
2004	215,7	553,8	1.365,1	1.406,7	600,6	1.093,6	737,4	400,2	6.373,0	3.957,0	10.329,9
2005	220,2	569,3	1.428,1	1.446,9	619,8	1.128,0	760,0	408,4	6.580,8	4.059,9	10.640,7
2006	228,5	590,7	1.484,0	1.491,2	648,2	1.179,0	792,9	421,8	6.836,3	4.223,1	11.059,4
2007	242,1	628,4	1.584,5	1.592,8	690,4	1.256,1	836,9	452,5	7.283,8	4.520,0	11.803,8
<i>Index 1998 = 100</i>											
2007	131,1	123,9	129,4	126,4	128,2	126,2	131,5	130,5	127,9	122,4	125,8

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Tabelle 16 und die Abbildung 3 zeigen die Entwicklung des Pro-Kopf-Aufkommens der Gemeinden an eigenen Steuern, Gebühren und Ertragsanteilen in den Jahren 1998 und 2007 nach Bundesländern. Demnach konnten die Gemeinden der Bundesländer Burgenland, Kärnten, Niederösterreich und Steiermark in dieser Periode die Abstände zu den Pro-Kopf-Einnahmen aus Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen der wirtschaftlich stärker entwickelten Länder Tirol, Vorarlberg und Salzburg leicht verringern. Trotzdem sind die Unterschiede in den Pro-Kopf-Einnahmen noch immer beachtlich: So erzielten die burgenländischen Gemeinden im Jahr 2007 ein Pro-Kopf-Aufkommen aus Abgaben (inklusive Gebühren und Ertragsanteile) von 1.014 €, was um 25 Prozent unter dem Durchschnitt für alle österreichischen Gemeinden ohne Wien (1.351,5 €) liegt, dagegen beträgt das Pro-Kopf-Aufkommen aus Abgaben der Salzburger Gemeinden 1.615,5 €, womit sie ein um rund 20 Prozent über dem genannten Durchschnittswert liegendes Aufkommen erreichten.

Hauptverantwortlich für diese Differenzierung der Abgabenerträge sind die Gemeindeabgaben, die – nach dem Prinzip des örtlichen Aufkommens – in wirtschaftsstarken Regionen deutlich höhere Pro-Kopf-Werte

erbringen als in wirtschaftsschwachen Zonen. Dagegen bewirken die Bestimmungen des horizontalen Finanzausgleichs bei der Verteilung der kommunalen Ertragsanteile grundsätzlich (wegen der Verteilung nach der Bevölkerungszahl bzw. nach dem abgestuften Bevölkerungsschlüssel) und im Zeitablauf verstärkte Nivellierungseffekte. Diese Ausgleichseffekte zwischen "finanzkräftigeren" und "finanzschwächeren" Gemeinden sind im Jahr 2007 bei den Ertragsanteilen in folgendem Ausmaß festzustellen:

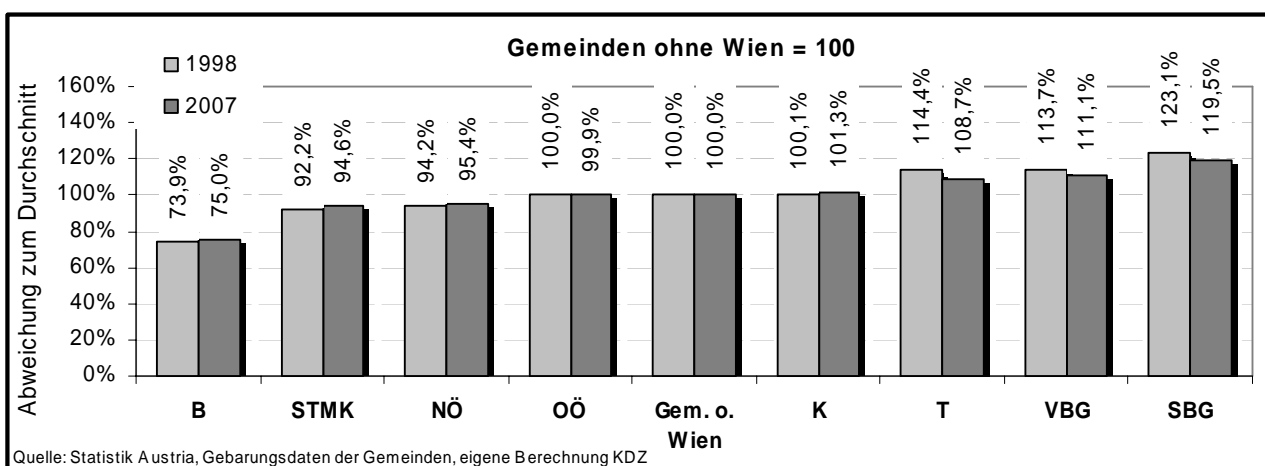
Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen liegen im Jahr 2007 bei den Gemeinden des Landes Salzburg um 19,2 Prozent, bei den Gemeinden des Landes Vorarlberg um 14,5 und bei den Gemeinden des Landes Tirol um 11,0 Prozent über dem Bundesdurchschnitt. Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen der burgenländischen Gemeinden liegen dagegen um 16,7 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt. Die Verteilung der Ertragsanteile aus gemeinschaftlichen Bundesabgaben zeigt somit die genannte nivellierende Wirkung; die aus der Verteilung der Gemeindeabgaben entstandenen größeren Aufkommensunterschiede pro EinwohnerIn⁶ werden deutlich reduziert.

Dieser Nivellierungseffekt, der im Prinzip eine gleichmäßigere Versorgung mit Gemeinschaftseinrichtungen in verschiedenen strukturierten Gemeinden bewirken soll, ist zwar politisch als Kompromiss zwischen den kommunalen Interessensvertretungen Städtebund und Gemeindebund erwünscht, wirtschaftspolitisch jedoch nicht unproblematisch. Aufgrund der Gemeindegrößenstruktur operieren nämlich viele kleinere Gemeinden unter dem betriebswirtschaftlichen "Optimum".

Wenn strukturschwächeren und kleinen Gemeinden mehr Mittel zu Lasten der größeren Gemeinden zufließen, werden diese ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Aufgabenerbringung prolongiert (die bestehenden Verhältnisse werden konserviert). Oder anders gesagt: der Anreiz für mehr zwischengemeindliche Zusammenarbeit der Gemeindeverwaltungen (z.B. beim Beschaffungswesen, für eine gemeinsame Buchhaltung oder etwa für die Planungsarbeit) und für stärker betriebswirtschaftliches Führen von Infrastrukturanlagen, Bauhöfen, Veranstaltungshallen und dgl. ist durch den herrschenden kommunalen Finanzausgleich nicht stark genug ausgeprägt.

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Kommunalsteuer als der aufkommensstärksten Gemeindeabgabe betragen im Durchschnitt der Gemeinden ohne Wien im Jahr 2007 252,4 €, die Kommunalsteuereinnahmen der burgenländischen Gemeinden lagen mit 160,1 € doch beträchtlich unter diesem Durchschnittsbetrag und in den Salzburger und Vorarlberger Gemeinden mit 298,8 bzw. 271,9 € deutlich darüber.

Abbildung 3: **Abweichung der Pro-Kopf Aufkommen der Gemeinden aus Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen vom Durchschnittswert, nach Bundesländern**



⁶ Die Einnahmen der burgenländischen Gemeinden aus Gemeindeabgaben liegen im Jahr 2007 um rund 25,0 Prozent unter dem Durchschnitt für alle Gemeinden (ohne Wien), jene der Salzburger Gemeinden liegen um 19,5 Prozent darüber

Tabelle 16: **Pro-Kopf-Aufkommen der Gemeinden an eigenen Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Bundesländern**

Abgaben	Burgenland		Kärnten		Niederösterreich		Oberösterreich		Salzburg		Steiermark	
	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007
	in Euro je Einwohner											
Grundsteuer A + B	46,2	59,1	62,8	73,8	56,8	69,1	57,4	71,3	70,9	83,6	49,7	66,5
Kommunalsteuer (und auslaufende Gewerbesteuer)	116,9	160,1	164,1	220,4	175,9	225,6	208,1	286,9	237,6	298,8	172,1	238,5
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	35,6	0,0	61,2	0,1	42,4	0,2	45,2	0,1	76,3	3,2	45,8	0,4
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	3,8	6,6	4,2	4,2	2,2	2,1	2,6	2,9	3,1	4,3	6,2	12,1
Interessentenbeiträge	26,3	27,4	55,0	43,4	27,0	46,0	43,0	41,2	37,2	28,9	35,8	41,5
Sonstige Gemeindeabgaben	13,9	20,8	41,9	58,9	24,7	19,5	23,5	35,1	68,1	64,6	22,1	21,2
Gemeindeabgaben	242,7	274,0	389,1	400,7	329,1	362,6	379,8	437,5	493,3	483,5	331,7	380,2
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen. u. -anlagen	108,0	141,8	144,9	246,0	176,9	264,7	123,8	192,8	199,6	275,8	145,5	216,9
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	439,1	598,3	536,5	722,7	501,6	662,5	565,0	719,4	623,4	856,2	508,4	681,3
Abgabenertrag einschließlich Gebühren und Ertragsanteile	789,8	1.014,0	1.070,6	1.369,4	1.007,6	1.289,7	1.068,7	1.349,7	1.316,4	1.615,5	985,6	1.278,4

Abgaben	Tirol		Vorarlberg		Gemeinden ohne Wien		Wien		Gemeinden mit Wien	
	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007
	in Euro je Einwohner									
Grundsteuer A + B	62,2	81,5	48,9	68,5	56,9	71,5	49,6	59,4	55,4	69,1
Kommunalsteuer (und auslaufende Gewerbesteuer)	204,1	271,9	229,2	300,2	188,9	252,4	306,4	386,9	212,1	278,4
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	93,9	0,1	58,6	1,2	53,7	0,5	47,2	0,0	52,4	0,4
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	4,6	5,1	2,2	2,4	3,6	5,0	30,9	39,6	9,0	11,7
Interessentenbeiträge	41,2	46,9	35,3	21,4	37,2	40,5	0,2	0,1	29,9	32,7
Sonstige Gemeindeabgaben	25,0	39,8	54,6	72,7	29,9	35,1	206,1	176,8	64,7	62,5
Gemeindeabgaben	431,0	445,3	428,8	466,4	370,1	405,0	640,4	662,8	423,5	454,8
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen. u. -anlagen	214,6	226,6	168,9	212,4	159,0	227,9	297,9	352,6	186,4	252,0
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	577,3	797,3	617,3	822,4	539,9	718,5	1.757,8	2.253,2	780,5	1.014,7
Abgabenertrag einschließlich Gebühren und Ertragsanteile	1.222,8	1.469,2	1.215,0	1.501,3	1.069,0	1.351,5	2.696,0	3.268,6	1.390,4	1.721,4

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

4.4 Abgabenaufkommen nach Gemeindegrößenklassen

Das Aufkommen der Gemeindeabgaben hängt – wie schon ausgeführt – im Wesentlichen von der Wirtschaftsstruktur der jeweiligen Gemeinde (z.B. Agrargemeinde, zentraler Ort - Dienstleistungszentrum, Fremdenverkehrsgemeinde, Gemeinde als Standort großer Industriebetriebe) und bei den Ertragsanteilen von der Einwohnerzahl⁷ ab. Die Einnahmen der Gemeinden aus Gebühren für die Benützung von Gemeindeeinrichtungen und -anlagen hängen dagegen zuerst vom Vorhandensein solcher Einrichtungen und Anlagen ab; weiters ergibt sich das Pro-Kopf-Aufkommen auch aus der Höhe der Gebühren und der jeweiligen Inanspruchnahme der kommunalen Leistungen.

Bemerkenswert ist jedenfalls, dass für die Gesamtheit der Gemeinden ohne Wien die Pro-Kopf-Einnahmen aus Gemeindeabgaben zwischen den Jahren 1998 und 2007 lediglich um 9,4 Prozent stiegen, jene aus Ertragsanteilen um 33,1 Prozent, während die Einnahmen aus Gebühren um 43,3 Prozent gestiegen sind. Bei den Gebühreneinnahmen ist die Steigerung bei den kleineren Gemeinden mit 49,2 Prozent zwischen

⁷ Wie sich die Abhängigkeit der Gemeindeeinnahmen aus Ertragsanteilen an gemeinschaftlichen Bundesabgaben von der Bevölkerungszahl auf bevölkerungsmäßig schrumpfende oder wachsende Gemeinden unterschiedlich auswirkt ist, einer kürzlich erschienenen Studie des KDZ zu entnehmen (siehe H. Bauer, N. Hochholding, K. Mitterer: Theoretische und empirische Abhängigkeiten der Gemeindefinanzen von demografischen Entwicklungen in Österreich, Wien 2008).

1998 und 2007 deutlich höher als bei den großen Gemeinden (über 50.000 EW) mit 15,2 Prozent, was einerseits auch mit der Zunahme an Gemeindeeinrichtungen bei den kleineren Gemeinden und andererseits mit Ausgliederungen von Gebührenbereichen bei den Städten zu erklären ist.

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus der Kommunalsteuer betragen im Durchschnitt der Gemeinden ohne Wien im Jahr 2007 252,4 €. Das Kommunalsteueraufkommen steigt dabei deutlich mit der Einwohnerklasse. So waren im Jahr 2007 die Kommunalsteuereinnahmen pro Kopf bei den Gemeinden ab 50.000 EW um rund 70 Prozent höher als bei den Gemeinden bis 2.500 EW.

Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen bei den kleineren und mittleren Gemeinden (<10.001 EW) sind zwischen 1998 und 2007 um rund 40 Prozent und damit signifikant stärker gestiegen als im gesamtösterreichischen Durchschnitt (Anstieg um 33 Prozent). Die Pro-Kopf-Einnahmen aus Ertragsanteilen bei den Gemeinden über 10.000 EW hingegen entwickelten sich mit rund 25 Prozent deutlich schwächer, was nicht zuletzt auf die finanzausgleichspolitischen Entscheidungen während des Zeitraumes von 1998 bis 2007 (neue Finanzausgleichsgesetze sind in den Jahren 2001 und 2005 in Kraft getreten) zurückzuführen ist.

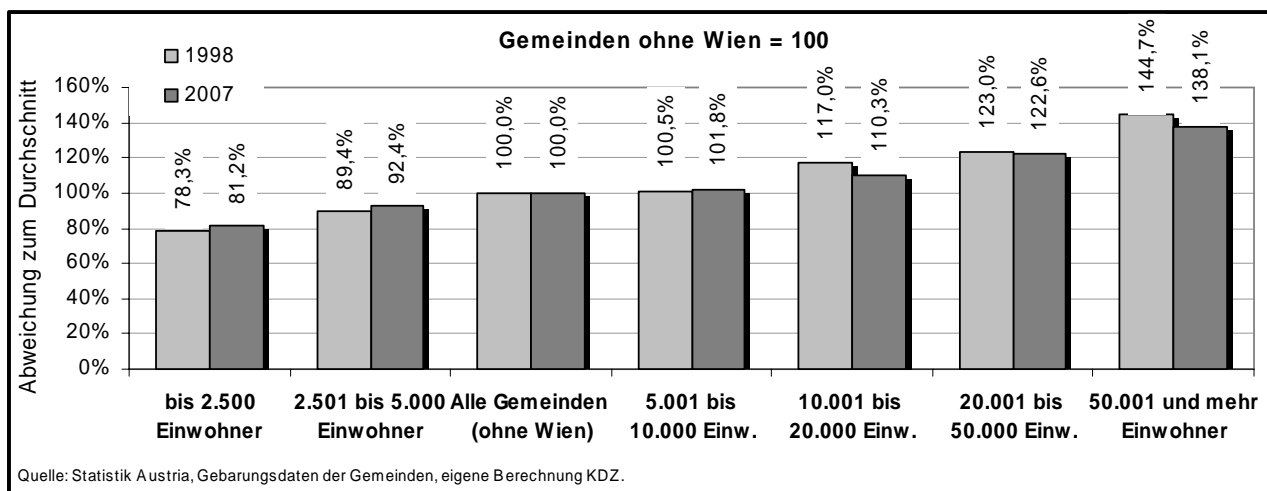
Tabelle 17 zeigt die Entwicklung des Pro-Kopf-Aufkommens an Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen in den Jahren 1998 und 2007 nach Einwohnergrößenklassen.

Tabelle 17: **Pro-Kopf-Aufkommen der Gemeinden an eigenen Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen nach Einwohnergrößenklassen (ohne Wien)**

Abgaben	bis 2.500 Einwohner		2.501 bis 5.000 Einwohner		5.001 bis 10.000 Einw.		10.001 bis 20.000 Einw.		20.001 bis 50.000 Einw.		50.001 und mehr Einwohner		Alle Gemeinden (ohne Wien)	
	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007	1998	2007
Grundsteuer A + B	47,3	58,8	56,8	71,1	63,2	76,9	59,3	74,5	59,4	81,4	71,3	90,5	56,9	71,5
Kommunal- und Gewerbesteuer	94,2	131,3	158,0	209,6	234,8	300,1	275,7	353,5	264,1	365,3	328,3	441,7	188,9	252,4
Getränkesteuer einschl. Speiseeisabgabe	43,9	0,5	54,0	0,6	59,2	0,5	62,9	0,8	56,9	0,3	64,3	0,2	53,7	0,5
Lustbarkeitsabgabe (Vergnügungssteuer)	1,8	2,4	2,4	3,1	4,2	5,9	2,9	3,7	4,6	6,7	8,9	13,6	3,6	5,0
Interessentenbeiträge	43,0	47,2	42,4	45,2	38,9	47,4	32,8	32,1	25,3	18,7	22,6	26,2	37,2	40,5
Gemeindeabgaben	15,4	24,6	15,0	26,8	25,9	22,7	38,8	28,8	41,7	39,6	77,4	90,8	29,9	35,1
Gemeindeabgaben	245,6	265,0	328,6	356,4	426,1	453,5	472,3	493,4	452,0	511,9	572,8	663,1	370,1	405,0
+ Geb.f.Benützung v.Gemeindeeinrichtungen u. -anlagen	130,2	194,2	163,7	239,4	187,7	277,6	194,3	255,6	166,0	272,7	171,0	197,0	159,0	227,9
+ Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben	461,6	638,9	463,0	653,2	461,0	645,2	584,3	741,5	697,4	872,7	803,4	1.005,8	539,9	718,5
Abgabenertrag einschließlich Gebührens und Ertragsanteile	837,5	1.098,1	955,3	1.249,0	1.074,9	1.376,3	1.250,9	1.490,6	1.315,4	1.657,3	1.547,2	1.865,8	1.069,0	1.351,5

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Abbildung 4: **Abweichung der Pro-Kopf Aufkommen der Gemeinden aus Abgaben, Gebühren und Ertragsanteilen vom Durchschnittswert, nach Einwohnerklassen**



5. Entwicklung des Personalstandes und der Personalausgaben der Gemeinden

Die Gemeinden (ohne Wien) beschäftigten im Jahr 2007 insgesamt 74.033 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; das sind um 679 Personen mehr als im Jahr zuvor. Gegenüber 2001 bedeutet dies einen Rückgang um 6.843 (-8,5 Prozent). Dieser ist in erster Linie mit den erfolgten Ausgliederungen zu begründen. Weiters gibt es auch Veränderungen in der statistischen Erfassung, wodurch die Interpretation der Veränderung der Beschäftigten erschwert ist. Dennoch können die Beschäftigungszahlen im Bereich der Gemeinden als einigermaßen plausibel bezeichnet werden, auch wenn nach Aussage der Statistik Austria einige Gemeinden die Beschäftigten auf Vollzeitäquivalente umgerechnet, andere hingegen lediglich die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse gemeldet haben.

Je nach Bundesland entwickelte sich der Bedienstetenstand unterschiedlich. So kam es seit dem Jahr 2001 nur in den Gemeinden der Bundesländer Niederösterreich (eine wichtige Begründung liegt im Übertragen von Gemeindespitalern an das Land), Oberösterreich, in der Steiermark und Vorarlberg zu einem Rückgang der Bedienstetenzahl. In den Gemeinden der anderen Bundesländer hingegen kam es zu Zuwächsen.

Tabelle 18 zeigt die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten in den Gemeinden von 2001 bis 2007.

Tabelle 18: **Entwicklung der Bedienstetezahl der Gemeinden nach Bundesländern**

	Burgenland	Kärnten	Nieder- österreich	Ober- österreich	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Gemeinden ohne Wien	Wien
Bedienstete zum 31.12.										
2001	2.685	5.751	21.927	15.372	8.578	13.533	7.407	5.620	80.876	84.430
2002	2.654	5.782	20.540	15.345	9.424	13.848	7.386	5.391	80.370	82.661
2003	2.752	5.925	20.508	15.422	8.782	14.189	7.353	4.638	79.569	81.122
2004	2.721	5.629	17.494	14.896	8.499	13.645	7.518	4.508	74.910	80.629
2005	2.800	5.906	16.742	15.354	8.586	13.271	7.865	4.436	74.960	80.156
2006	2.836	5.792	16.292	14.162	8.675	13.411	7.785	4.400	73.354	79.480
2007	2.868	5.813	16.449	14.745	8.685	13.268	7.791	4.414	74.033	78.674
Indices										
2001-2002	98,9	100,5	93,7	99,8	109,9	102,3	99,7	95,9	99,4	97,9
2002-2003	103,7	102,5	99,8	100,5	93,2	102,5	99,6	86,0	99,0	98,1
2003-2004	98,9	95,0	85,3	96,6	96,8	96,2	102,2	97,2	94,1	99,4
2004-2005	102,9	104,9	95,7	103,1	101,0	97,3	104,6	98,4	100,1	99,4
2005-2006	101,3	98,1	97,3	92,2	101,0	101,1	99,0	99,2	97,9	99,2
2006-2007	101,1	100,4	101,0	104,1	100,1	98,9	100,1	100,3	100,9	99,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Die Gemeinde Wien weist für das Jahr 2007 einen gegenüber dem Jahr 2006 um 806 Beschäftigte reduzierten Personalstand aus; seit dem Jahr 2001 erfolgte eine Reduzierung um 6,8 Prozent.

Tabelle 19 zeigt die Entwicklung der Personalausgaben der Gemeinden nach Voranschlagsgruppen.

Die ausgewiesenen Personalausgaben der Gemeinden sind für die Gemeinden ohne Wien im Zeitraum zwischen 1998 und 2007 um 17,7 Prozent gestiegen, in Wien dagegen um 6,0 Prozent gesunken. Dies ist sowohl eine Folge der meist jährlich erfolgten Gehaltssteigerungen als auch der sich ändernden Struktur und der Zahl der Bediensteten. Diese Veränderungen erkennt man bei Betrachtung der funktionellen Aufteilung (nach Voranschlagsgruppen).

Im Aufgabenbereich Gesundheit lässt sich zwischen den Jahren 1998 und 2007 eine drastische Verringerung der Personalausgaben feststellen. Sie ist auf die Ausgliederung der Spitäler in den Bereich der netto-budgetierten wirtschaftlichen Unternehmungen sowie auf die Übertragung von Gemeindespitalern an das Land (im Fall Niederösterreich) zurückzuführen.

Tabelle 19: Personalausgaben der Gemeinden nach VA-Gruppen im 10-Jahresvergleich

VA-Gruppen	Personalausgaben					
	Gemeinden ohne Wien		Wien		Gemeinden ohne Wien	Wien
	1998	2007	1998	2007		
	Beträge in Mio. €				Index 1998 = 100	
0 Vertretungskörper u. allgemeine Verwaltung	548,7	725,1	390,4	889,5	132,2	227,8
1 Öffentliche Ordnung und Sicherheit	80,4	98,4	70,0	87,6	122,4	125,2
2 Unterricht, Erziehung, Sport u. Wissenschaft	497,6	674,7	587,9	747,3	135,6	127,1
3 Kunst, Kultur und Kultus	101,3	126,1	21,5	25,3	124,5	117,5
4 Soziale Wohlfahrt u. Wohnbauförderung	144,7	126,5	195,5	65,3	87,4	33,4
5 Gesundheit	255,2	56,7	843,7	66,0	22,2	7,8
6 Straßen- und Wasserbau, Verkehr	147,8	180,6	2,9	12,6	122,2	439,0
7 Wirtschaftsförderung	12,3	16,0	0,0	0,0	129,8	-
8 Dienstleistungen	469,2	653,7	280,7	315,8	139,3	112,5
9 Finanzwirtschaft	75,1	88,4	0,0	38,6	117,6	-
Gesamt	2.332,4	2.746,3	2.392,5	2.248,0	117,7	94,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Anmerkung: Personalausgaben ohne 560.

6. Kommunale Investitionstätigkeit

Die Investitionstätigkeit der Gemeinden ist unter verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten. Zunächst ist die Frage zu beantworten, welche Beträge die Gemeinden für eigene Investitionen und für Investitionsförderungen („Gesamtinvestitionen“) ausgeben können. Zweitens ist bedeutsam, welches Sachvermögen die Gemeinden im Laufe des Jahres schaffen („Bruttosachvermögensbildung“). Im Zuge der Investitionsförderung stellt sich auch die Frage nach dem Verhältnis zwischen Förderungen in Form von verlorenen Zuschüssen und solchen in Form von Darlehen, die – nach erfolgter Investition –, wenn auch meist sehr niedrig verzinst, wieder an die Gemeinden zurückgezahlt werden. Schlussendlich stellt sich die Frage, wie sich die Investitionstätigkeit der Gemeinden im Vergleich zur Gesamtwirtschaft entwickelt. Der Vergleich erfolgt anhand der „Bruttoinvestitionen“.

6.1 Bruttoinvestitionen

Die österreichischen Gemeinden (ohne Wien) investierten im Jahr 2007 2,15 Mrd. €, um 1,7 Prozent mehr als im Jahr 2006. Bemerkenswert ist ein Vergleich der kommunalen Investitionsausgaben der Jahre 1998 und 2007. Im Jahr 1998 erreichten die kommunalen Investitionen (Gemeinden ohne Wien) mit 2,61 Mrd. € den höchsten Wert der zehnjährigen Beobachtungsperiode, 2006 mit 2,11 Mrd. € den niedrigsten. Innerhalb von zehn Jahren sind die Brutto-Investitionen damit nominell um rund 18 Prozent zurückgegangen.⁸ Mit dem Jahr 2007 sind die Brutto-Investitionen erstmals wieder angestiegen. Ob dies der Beginn einer Trendwende im Investitionsverhalten der Gemeinden ist, darf angesichts der markanten Abschwächung der Wirtschaftsprognosen für die Jahre 2009 und 2010 bezweifelt werden.

Von den Gemeindeinvestitionen entfielen 1,92 Mrd. € auf den Erwerb von unbeweglichem Vermögen, 222,9 Mio. € auf den Erwerb von beweglichem Vermögen. Erstere stiegen gegenüber 2006 um 1,8 Prozent, letztere um 0,6 Prozent. Die Gemeinden (ohne Wien) erwarben im Berichtsjahr 2007 Wertpapiere und Beteiligungen im Umfang von 154,9 Mio. €.

Tabelle 20 zeigt die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen sowie des Erwerbes von Wertpapieren, Beteiligungen und aktivierungsfähiger Rechte.

⁸ Die Daten zur Struktur der Investitionen bzw. der Investitionsförderungen sind nicht verfügbar.

Tabelle 20: Entwicklung der Gemeindeinvestitionen (ohne Wien)

Jahr	Bruttoinvestitionen				Erwerb von Wertpapieren und Beteiligungen
	Investitionen in ... bzw Erwerb von ...				
	Insgesamt	Bewegliche Güter	Unbewegliche Güter	Aktiv. Rechte	
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
1998	2.613,1	247,5	2.365,6	n.v.	59,7
1999	2.612,5	272,4	2.340,1	n.v.	59,9
2000	2.301,9	225,0	2.071,2	5,7	48,4
2001	2.148,5	215,6	1.924,3	8,6	103,1
2002	2.349,2	230,5	2.110,9	7,7	90,5
2003	2.456,4	236,1	2.212,8	7,4	99,7
2004	2.291,1	226,5	2.058,0	6,6	82,8
2005	2.153,2	228,4	1.916,2	8,6	156,7
2006	2.114,3	221,5	1.887,0	5,8	183,9
2007	2.149,2	222,9	1.920,7	5,6	154,9
Index 1998 = 100					
2007	-17,8%	-10,0%	-18,8%	n.v.	159,3%

Quelle: Statistik Austria, Rechnungsquerschnitt der Gemeinden, eigene Berechnung.

Die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen ist auch unter dem Blickwinkel der in den letzten Jahren erfolgten Aus- und Umgliederungen kommunaler Aufgaben zu sehen. Kosten und Finanzierungen kommunaler Aufgaben, die von privaten Unternehmungen oder dem privaten Sektor zugerechneten öffentlichen Betrieben und Unternehmungen getätigt werden, sind nicht mehr oder nur noch zum Teil in den Gemeindehaushalten ausgewiesen. Erst in allerjüngster Zeit erfolgen wieder Versuche, den Umfang dieser Leistungen und jener Aufgabenträger, die nun in privatrechtlichen Organisationsformen diese Aufgaben erbringen, zu quantifizieren.

6.2 Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern

Der Betrachtung der Pro-Kopf-Investitionen wurde der Begriff der Bruttoinvestitionen zugrunde gelegt, das ist die Summe der Investitionen in Hoch- und Tiefbau, in bewegliche Güter und in aktivierungsfähige Rechte.

Tabelle 21 zeigt die Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern von 1998 bis 2007.

Tabelle 21: Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden (ohne Investitionsförderung) nach Bundesländern

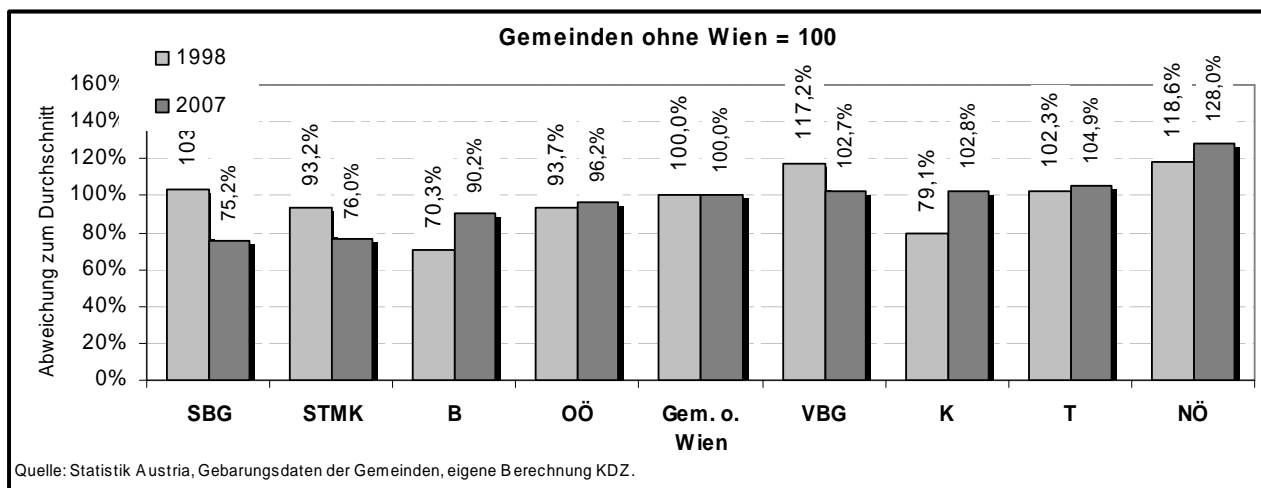
Bundesland	1998		1999		2000		2001		2002	
	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index
Burgenland	269	70,3	257	67,6	277	81,9	277	90,6	298	89,8
Kärnten	303	79,1	304	80,0	269	79,6	274	89,8	297	89,5
Niederösterreich	455	118,6	487	128,0	419	124,0	356	116,5	370	111,4
Oberösterreich	359	93,7	350	92,0	306	90,4	293	95,9	350	105,6
Salzburg	395	103,0	363	95,3	290	85,7	242	79,2	304	91,7
Steiermark	357	93,2	356	93,5	313	92,6	288	94,4	289	87,2
Tirol	392	102,3	351	92,1	331	97,8	292	95,6	342	103,0
Vorarlberg	449	117,2	428	112,4	444	131,3	383	125,3	338	101,9
Durchschnitt ohne Wien	383	100,0	381	100,0	338	100,0	306	100,0	332	100,0

Bundesland	2003		2004		2005		2006		2007	
	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index	€	Index
Burgenland	245	70,9	270	83,8	253	83,8	243	80,8	273	90,2
Kärnten	281	81,3	268	83,2	253	83,7	284	94,5	311	102,8
Niederösterreich	397	114,7	391	121,2	368	121,6	362	120,6	387	128,0
Oberösterreich	412	119,0	347	107,6	302	99,9	287	95,5	291	96,2
Salzburg	280	81,0	247	76,5	246	81,3	225	75,0	227	75,2
Steiermark	276	79,8	277	85,8	249	82,4	238	79,2	230	76,0
Tirol	372	107,5	306	95,0	317	104,9	337	112,3	317	104,9
Vorarlberg	328	94,9	350	108,5	367	121,2	402	133,9	310	102,7
Durchschnitt ohne Wien	346	100,0	322	100,0	303	100,0	300	100,0	302	100,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung. Bevölkerung jeweils lt. letzter Volkszählung.

Anmerkung: beinhaltet nur Investitionen im Hoch- und Tiefbau, welche etwa 85-90% des Gesamtinvestitionsvermögens ausmachen.

Abbildung 5: Divergenz der Pro-Kopf-Investitionen der Gemeinden nach Bundesländern



Im Jahr 2007 wurden in den österreichischen Gemeinden 302 € je EinwohnerIn investiert. Die Pro-Kopf-Quote ist – gemeinsam mit der Pro-Kopf-Quote im Jahr 2006 mit 300 € – die niedrigste seit Jahrzehnten. Im Vergleich der Gemeinden nach Bundesländern erwiesen sich im Berichtsjahr 2007 die Gemeinden Niederösterreichs (mit 387 €) als besonders investitionsfreudig. Das Pro-Kopf-Investitionsvolumen lag dort um rund 28 Prozent über dem österreichischen Durchschnittswert. In Salzburg und in der Steiermark blieben die Pro-Kopf-Quoten um rund 24 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt.

6.3 Kommunale und volkswirtschaftliche Investitionstätigkeit

Zu bemerkenswerten Ergebnissen führt ein Langfristvergleich zwischen der Entwicklung der kommunalen Investitionstätigkeit, des gesamtösterreichischen Investitionsvolumens im Sinne der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und des BIP. Im Jahr 2007 entsprach das Investitionsvolumen der Gemeinden (ohne Wien) 3,17 Prozent der österreichischen Brutto-Investitionen. Die Gemeinden erbrachten damit im Berichtsjahr den historisch niedrigsten Beitrag zum gesamten österreichischen Investitionsvolumen.

Auch die Relation zwischen Gemeindeinvestitionen und BIP zeigt diese „Investitionsflaute“ auf. Die Gemeindeinvestitionen entsprachen im Jahr 2007 0,72 Prozent des BIP und finden sich so auf einem Tiefpunkt. Allerdings ist mit Nachdruck darauf hinzuweisen, dass die Ausgliederungen von kommunalen Aufgaben – teils in Unternehmungen, teils in Gemeinde- und Wasserverbänden – es immer schwieriger machen, gesicherte Aussagen über die langjährige Entwicklung der Gemeindeinvestitionen zu treffen.

Tabelle 22 zeigt die Entwicklung der Gemeindeinvestitionen von 1998 bis 2007.

Tabelle 22: Bruttoinlandsprodukt, gesamtwirtschaftliches und kommunales Investitionsvolumen laut ESVG 1995

Jahr	BIP	Bruttoinvestitionen gesamt Mrd. €	Bruttoinvestitionen der Gemeinden (ohne Wien) *	
			in % BIP	in % Inv.
1998	190,9	47,3	2,4	5,07
1999	198,0	48,9	2,4	4,87
2000	207,5	50,8	2,1	4,15
2001	212,5	50,4	2,0	3,92
2002	218,8	48,3	2,1	4,35
2003	223,3	51,2	2,2	4,38
2004	232,8	52,9	2,1	3,95
2005	244,5	55,4	2,0	3,54
2006	257,3	58,0	1,9	3,36
2007	270,8	61,8	2,0	3,17

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung.

Abkürzungen: BIP = Bruttoinlandsprodukt; Bruttoinvest. = gesamtwirtschaftliches Investitionsvolumen.

* Bruttoinvestitionen der Gemeinden inkl. ihrer brutto verrechneten Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit.

Abbildung 6: **Brutto-Investitionen der Gemeinden in Millionen € und in Prozent des BIP**

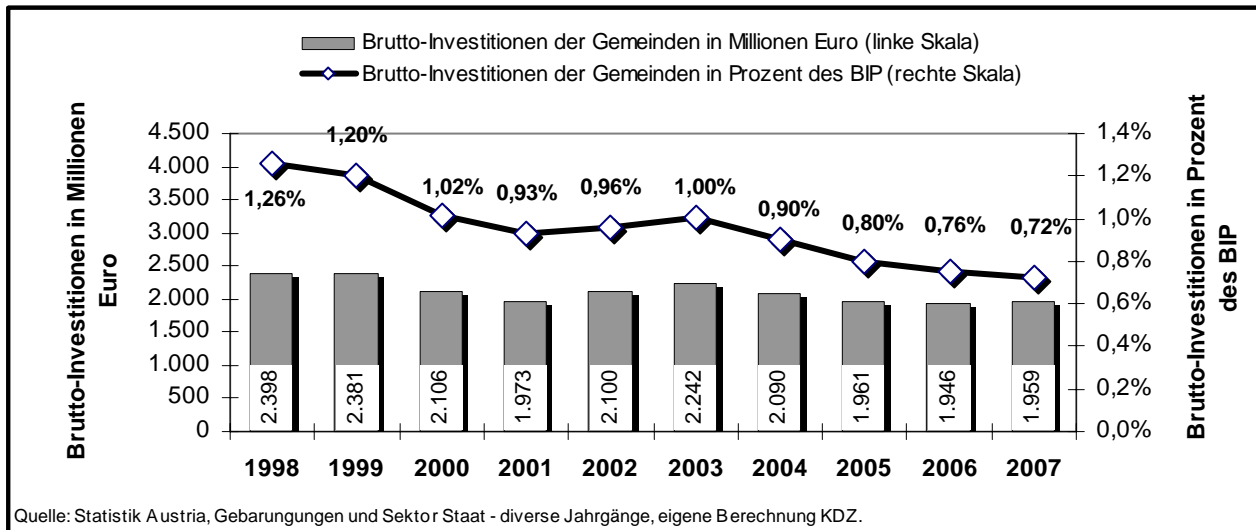


Tabelle 23 weist die Investitionstätigkeit der österreichischen Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden ohne Wien, Wien) von 1998 bis 2007 aus.

Tabelle 23: Entwicklung der **Brutto-Anlageinvestitionen von Bund, Ländern und Gemeinden (Hoheitsverwaltung)**

Jahr	Bund	Länder ohne Wien	Wien	Gemeinden ohne Wien	Gebietskörperschaften
in Mio. €					
1998	926,3	393,8	383,5	1.538,3	3.241,9
1999	851,0	485,1	431,8	1.334,6	3.102,4
2000	769,0	467,4	383,6	1.193,9	2.813,8
2001	644,2	311,2	181,5	1.070,0	2.206,9
2002	525,1	542,1	189,8	1.165,1	2.422,1
2003	367,9	624,9	205,1	1.172,4	2.370,3
2004	294,3	514,8	173,7	1.088,2	2.071,0
2005	324,7	553,0	200,6	1.023,4	2.101,7
2006	248,0	612,8	165,4	1.080,2	2.106,3
2007	271,0	547,5	173,3	1.073,7	2.065,4
Anteil am Brutto-Investitionsvolumen der Gebietskörperschaften in %					
1998	28,6	12,1	11,8	47,4	100,0
1999	27,4	15,6	13,9	43,0	100,0
2000	27,3	16,6	13,6	42,4	100,0
2001	29,2	14,1	8,2	48,5	100,0
2002	21,7	22,4	7,8	48,1	100,0
2003	15,5	26,4	8,7	49,5	100,0
2004	14,2	24,9	8,4	52,5	100,0
2005	15,4	26,3	9,5	48,7	100,0
2006	11,8	29,1	7,9	51,3	100,0
2007	13,1	26,5	8,4	52,0	100,0
Entwicklung der Bruttoinvestitionen (Index 1998 = 100)					
1998	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
1999	91,9	123,2	112,6	86,8	95,7
2000	83,0	118,7	100,0	77,6	86,8
2001	69,6	79,0	47,3	69,6	68,1
2002	56,7	137,7	49,5	75,7	74,7
2003	39,7	158,7	53,5	76,2	73,1
2004	31,8	130,7	45,3	70,7	63,9
2005	35,1	140,4	52,3	66,5	64,8
2006	26,8	155,6	43,1	70,2	65,0
2007	29,3	139,0	45,2	69,8	63,7

Quelle: Statistik Austria, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung. Datenstand 30. 9. 2008.

Das Investitionsvolumen (Brutto-Anlageinvestitionen) hat bei den Gemeinden (ohne Wien) im Jahr 2005, in Wien und beim Bund im Jahr 2006 und bei den Ländern (ohne Wien) im Jahr 2004 einen Tiefstand erreicht. Die Brutto-Anlageinvestitionen aller Gebietskörperschaften zusammen lagen damit im Jahr 2004 mit 2.071 Mio. € und im Jahr 2006 2.106 Mio. € auf einem besonders niedrigen Stand. Im Jahr 2007 wird mit Brutto-

Anlageinvestitionen in der Höhe von 2.065 Mio. € – in Summe der Gebietskörperschaften – der bisherige Tiefstand erreicht.

Die Gebietskörperschaften investierten 2007 im Rahmen der Hoheitsverwaltung 2,07 Mrd. €, nominell um 1,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Der Bund investierte 271,0 Mio. € (+9,3 Prozent), die Länder ohne Wien 547,5 Mio. € (-10,7 Prozent), die Stadt Wien 173,3 Mio. € (+4,8 Prozent) und die Summe der übrigen Gemeinden 1.073,7 Mio. € (-0,6 Prozent).

Von den Brutto-Anlageinvestitionen der Gebietskörperschaften entfielen somit im Jahr 2007 nur 13,1 Prozent auf den Bund, 26,5 Prozent auf die Länder ohne Wien, 8,4 Prozent auf die Gemeinde Wien und 52 Prozent auf die Gemeinden ohne Wien. Gemeinsam mit Wien umfassen die kommunalen Investitionen 2007 60,4 Prozent der öffentlichen Investitionstätigkeit.

Gegenüber 1998 gingen die Brutto-Anlageinvestitionen des Bundes bis 2007 nominell um 70,7 Prozent, die der Stadt Wien um 54,8 Prozent und die der Gemeinden (ohne Wien) um 30,2 Prozent zurück. Das Investitionsvolumen der Länder ist in der gleichen Periode nominell um 39 Prozent gewachsen.

7. Die Verschuldung der Gemeinden

7.1 Verschuldung und Schuldendienst

Tabelle 24 zeigt die Entwicklung der Verschuldung der Gemeinden ohne Wien, der Gemeinde Wien sowie der Gesamtheit aller Gemeinden.

Tabelle 24: **Finanzschulden zum 31.12. und Schuldendienst in Mio. €**

Jahr	Schuldenstand (Finanzschulden)			Schuldendienst		
	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien
Beträge in Mio. €						
1998	8.799,9	3.793,6	12.593,5	972,8	613,7	1.586,5
1999	9.221,5	3.581,3	12.802,8	954,2	644,9	1.599,1
2000	9.594,4	2.044,2	11.638,6	985,7	479,6	1.465,4
2001	9.939,7	2.083,9	12.023,6	1.057,0	484,9	1.541,9
2002	10.097,0	2.104,4	12.201,4	1.142,2	416,4	1.558,6
2003	10.346,7	1.566,6	11.913,3	1.104,6	746,7	1.851,3
2004	10.654,6	1.785,7	12.440,4	1.063,4	392,0	1.455,4
2005	10.835,8	1.800,6	12.636,3	1.330,7	326,4	1.657,2
2006	10.980,8	1.473,5	12.454,3	1.172,6	480,2	1.652,8
2007	11.052,4	1.394,6	12.447,0	1.348,8	384,1	1.732,9
<i>Index für 2007</i>						
1998=100	125,6	36,8	98,8	138,6	62,6	109,2
2004=100	103,7	78,1	100,1	126,8	98,0	119,1
2005=100	102,0	77,5	98,5	101,4	117,7	104,6
2006=100	100,7	94,6	99,9	115,0	80,0	104,8

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Die Verschuldung der Gemeinden wächst trotz rückläufiger Investitionstätigkeit weiter. Zum Jahresende 2007 betragen die Verbindlichkeiten der Gemeinden (ohne Wien) 11,05 Mrd. €, der Schuldenstand war so im Jahr 2007 um etwa 26 Prozent höher als 1998. Gegenüber 2006 hat der Schuldenstand nur um 71,6 Mio. € oder 0,7 Prozent zugenommen. Anders präsentiert sich die Lage in Wien, wo massive Ausgliederungen und eine nachhaltige Politik des Schuldenabbaus mittelfristig einen deutlichen Rückgang der Finanzschulden brachten. Die Finanzschulden der Bundeshauptstadt hatten 1998 3,8 Mrd. € betragen; sie sind dann bis zum Jahr 2003 auf 1,57 Mrd. € zurückgegangen und nach einem Anstieg auf 1,80 Mrd. € im Jahr 2005 bis zum Jahr 2007 wieder rückläufig und haben derzeit mit 1,39 Mrd. € einen Tiefstand erreicht.

Der Schuldendienst (Tilgungen und Zinsendienst) belastete 2007 die Budgets der Gemeinden ohne Wien mit über 1,35 Mrd. € und band so 11 Prozent der gesamten laufenden Einnahmen. Vom gesamten Schuldendienst entfielen rund 970 Mio. € auf Tilgungen und rund 370 Mio. € auf Zinszahlungen. Im Jahr 2006 mussten für Tilgungen 865 Mio. € und für Zinszahlungen 307,6 Mio. € ausgegeben werden. Damit stieg das Verhältnis Tilgung zu Zinsen aufgrund des gestiegenen Zinsniveaus von 1:0,356 im Jahr 2006 auf

1:0,38 im Jahr 2007. Die Gemeinden (ohne Wien) nahmen im Jahr 2007 insgesamt Kredite in Höhe von 1.066,3 Mio. € auf, um 43 Mio. € mehr als 2006, sie zahlten alte Schulden in Höhe von rund 962,8 Mio. € zurück (siehe Tab. 5), woraus eine Nettoneuverschuldung von rund 103,5 Mio. € resultierte.

7.2 Aufgliederung nach Schuldenarten

Die Aufgliederung der Schulden der Gemeinden (ohne Wien) in einzelne Schuldenarten (Tabelle 25.1) entsprechend der VRV 1997 zeigt, dass im Jahr 2007 67,4 Prozent der Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien auf solche entfallen, deren Schuldendienst mindestens zur Hälfte durch Gebühren, Entgelte oder Tarife gedeckt ist („Schuldenart 2“). Die Schulden der Schuldenart 2 werden hauptsächlich für Betriebe mit marktbestimmter Tätigkeit und sonstige Eigenbetriebe aufgenommen. Unter der Annahme, dass sie im Rahmen weitgehend kostendeckender Gebühren, Mieten und Entgelte von den Benützern der Einrichtungen finanziert werden, belasten sie die Gemeindehaushalte nur wenig. Der Anteil der Schuldenart 2 hat längerfristig gesehen zugenommen, lag er doch im Jahr 1998 noch bei 64,4 Prozent. In den Jahren seit 2003 ist der Anteil der Schuldenart 2 an den gesamten Finanzschulden der Gemeinden ohne Wien jedoch wieder leicht gesunken (von 68,7 Prozent im Jahr 2003 auf 67,4 Prozent 2007).

Ein Anteil von 28,2 Prozent der gesamten Finanzschulden entfiel im Jahr 2007 auf Schulden der Kategorie 1. Dies sind Finanzschulden, deren Schuldendienst zu mehr als der Hälfte aus allgemeinen Deckungsmitteln getragen wird. Diese Schuldenart belastet daher im Vergleich zu den Schuldenarten 2 bis 4 den Gemeindehaushalt am stärksten. Der Anteil der Schuldenart 1 nahm vom Jahr 1998 (29,3 Prozent) bis zum Jahr 2003 (26,4 Prozent) mehr oder weniger kontinuierlich ab, die Abweichung des Jahreswertes 2001 (36,8 Prozent) dürfte auf eine erhebungstatistische „Irritation“ zurück zu führen zu sein. In den Jahren 2004 bis 2007 war jedoch ein leichter Anstieg auf 28,2 Prozent festzustellen.

Tabelle 25.1: Entwicklung der Finanzschulden nach Schuldenarten; Gemeinden ohne Wien

Jahr	Gesamtschulden in Mio. € (= 100%)	Schuldenart 1		Schuldenart 2		Schuldenart 3		Schuldenart 4	
		Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
1998	8.799,9	2.580,8	29,3	5.664,3	64,4	313,6	3,6	241,2	2,7
1999	9.221,5	2.682,1	29,1	5.996,9	65,0	317,7	3,4	224,8	2,4
2000	9.594,4	2.735,7	28,5	6.310,3	65,8	310,3	3,2	238,2	2,5
2001	9.939,7	3.656,4	36,8	5.731,9	57,7	345,2	3,5	206,2	2,1
2002	10.097,0	2.832,0	28,0	6.760,0	67,0	317,8	3,1	187,2	1,9
2003	10.346,7	2.732,0	26,4	7.103,5	68,7	328,4	3,2	182,7	1,8
2004	10.654,6	2.953,1	27,7	7.174,1	67,3	335,6	3,1	191,9	1,8
2005	10.835,8	3.037,3	28,0	7.344,3	67,8	297,6	2,7	156,6	1,4
2006	10.980,8	3.078,0	28,0	7.396,2	67,4	318,6	2,9	188,1	1,7
2007	11.052,4	3.120,1	28,2	7.450,4	67,4	315,7	2,9	166,1	1,5

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Den Schuldenarten 3 und 4 kommt nur eine untergeordnete Bedeutung zu; lediglich 4,4 Prozent aller Gemeindefschulden oder 482 Mio. € entfielen im Jahr 2007 auf diese Schuldenarten. Sie wurden von den Gemeinden für andere Gebietskörperschaften und sonstige Rechtsträger aufgenommen; der daraus resultierende Schuldendienst wird weitgehend von den Gebietskörperschaften und Rechtsträgern, für die diese Schulden meist zu Zwecken der Vorfinanzierung von Maßnahmen aufgenommen worden sind, geleistet. In den zuletzt vergangenen Jahren verloren beide Schuldenarten an Bedeutung.

Die öffentlichen Schulden der Gemeinden nach ESVG 1995 (Tabelle 25.2) – das sind die Verbindlichkeiten bei in- und ausländischen Kreditinstituten ohne die Verbindlichkeiten der Eigengesellschaften und der Eigenbetriebe – sind seit 1998 substantiell reduziert worden: In Wien wurde innerhalb der Beobachtungsperiode der Bestand der öffentlichen Schulden um 40,9 Prozent auf 1.363 Mio. € gesenkt, bei der Gesamtheit der anderen Gemeinden wurden die öffentlichen Schulden um etwa 25 Prozent des Standes von 1998 von 4.247 auf 3.119 Mio. € im Jahr 2006 reduziert und im Jahr 2007 leicht auf 3.178 Mio. € erhöht.

Tabelle 25.2: Entwicklung der Öffentlichen Schulden (nach ESVG 1995) in Millionen €

Jahr	Gemeinden ohne Wien	Wien	Gemeinden mit Wien
	Beträge in Mio. €		
1998	4.247	2.306	6.553
1999	4.200	2.066	6.266
2000	3.846	1.811	5.657
2001	3.380	1.802	5.183
2002	3.178	1.840	5.018
2003	3.047	1.392	4.439
2004	3.141	1.419	4.560
2005	3.133	1.479	4.612
2006	3.119	1.400	4.518
2007	3.178	1.363	4.541
1998= 100	74,8%	59,1%	69,3%

Quelle: Statistik Austria, Stand 30.09.2008 (Budgetäre Notifikation).

Anmerkung: "Öffentliche Schulden" = Bruttoverbindlichkeiten der Gemeinden ohne Unternehmensbereich abzüglich der Forderungen der Gemeinden gegenüber anderen öffentlichen Rechtsträgern.

7.3 Herkunft der Fremdmittel der Gemeinden

Die Tabelle 26 zeigt die Gemeindeschulden nach der Herkunft der Fremdmittel.

In der Diskussion um die Verschuldung der Gemeinden wird auch die Frage nach der Herkunft der Kredite gestellt. Für das Jahr 2007 ergibt sich, dass 81,9 Prozent der Gemeindeschulden durch Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aufgebracht wurden. Ein Sechstel der Kredite wird von Trägern des öffentlichen Rechtes aufgebracht.

Tabelle 26: Kreditgeber der Gemeinden

Finanzierungsform	2006		2007	
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %
Finanzschulden aus Auslandsanleihen und Darlehen bei ausländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen für den eigenen Haushalt	70,4	0,6	184,8	1,7
Finanzschulden aus Auslandsanleihen und Darlehen bei ausländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aus weitergegeben Anleihen und Darlehen	0,5	0,0	0,4	0,0
Finanzschulden aus Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen für den eigenen Haushalt	8.955,3	81,6	9.057,3	81,9
Finanzschulden aus Inlandsanleihen und Darlehen bei inländischen Kreditinstituten und sonstigen Unternehmungen aus weitergegebenen Anleihen und Darlehen	122,2	1,1	128,5	1,2
Finanzschulden aus Darlehen von Trägern des öffentlichen Rechts (Sektor Staat)	1.832,4	16,7	1.680,6	15,2
Finanzschulden aus Darlehen von sonstigen Trägern des öffentlichen Rechts für den eigenen Haushalt		0,0	0,7	0,0
Finanzschulden insgesamt zum 31.12.	10.980,8	100,0	11.052,4	100,0

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

8. Exkurs: Einnahmen und Ausgaben für die Vorschulische Jugenderziehung

Die vorschulische Jugenderziehung stellt einen kommunalpolitisch bedeutenden Bereich dar, welcher im Durchschnitt etwa 4 Prozent der ordentlichen Ausgaben und 1,2 Prozent der ordentlichen Einnahmen umfasst.

Bei einem Vergleich der Jahre 2004 bis 2007 (Tabelle 27) zeigt sich, dass sich die ordentlichen Ausgaben mit 4,6 Prozent p.a. etwa doppelt so stark entwickelten wie die ordentlichen Einnahmen mit 2,6 Prozent p.a. Sowohl bei den ordentlichen Einnahmen als auch bei den ordentlichen Ausgaben war das Wachstum damit stärker als der Anstieg der Inflationsrate von durchschnittlich 2,0 Prozent p.a., was insbesondere auf den Leistungsausbau (Gruppengröße, Betreuungsquote, etc.) in der vorschulischen Erziehung zurückzuführen ist.

Tabelle 27: Einnahmen- und Ausgabenentwicklung in der vorschulischen Erziehung, 2004-2007

Einnahmen und Ausgaben	Rechnungsabschlussjahr				mittlere Entwicklung p.a.
	2004	2005	2006	2007	
Einnahmen und Ausgaben in €					
ord. Ausgaben	832.864.363	873.981.220	912.903.707	954.254.028	4,6%
ord. Einnahmen	257.765.799	264.900.103	272.635.680	278.170.495	2,6%
außerord. Ausgaben	52.972.184	45.821.252	44.420.126	53.261.030	1,1%
außerord. Einnahmen	51.453.346	46.964.669	46.690.601	52.257.779	0,9%
Anteil der Einnahmen bzw. Ausgaben der vorschulischen Erziehung an der Summe der Einnahmen bzw. Ausgaben					
Anteil an Summe ord. Ausgaben	3,9%	4,0%	4,0%	4,0%	
Anteil an Summe ord. Einnahmen	1,2%	1,2%	1,2%	1,2%	
Anteil an Summe außerord. Ausgaben	1,9%	1,5%	1,6%	1,8%	
Anteil an Summe außerord. Einnahmen	1,8%	1,6%	1,7%	1,7%	

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensätze 2003-2007, KDZ: eigene Berechnungen.

Im folgenden Abschnitt werden die Einnahmen- und Ausgabenstrukturen im Kinderbetreuungsbereich – nach Bundesland und Einwohnerklasse – dargestellt.

8.1 Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden im Kinderbetreuungsbereich nach Bundesland

Die Tabelle 28 zeigt die Ausgabenstruktur und die Pro-Kopf-Ausgaben im Kinderbetreuungsbereich nach Bundesland. Durchschnittlich 60 Prozent der gesamten Ausgaben betreffen Personalausgaben. Weitere rund 30 Prozent betreffen den Verwaltungs- und Betriebsaufwand, wovon knapp die Hälfte Transferleistungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck (v.a. private Kindergärten, -krippen) sind.

Die Ausgaben pro betreutem Kind liegen dabei je nach Bundesland zwischen 2.552 € in Niederösterreich und 7.055 € in der Steiermark, wodurch die unterschiedlichen rechtlichen Regelungen und Leistungsangebote der Bundesländer deutlich werden. So besteht in Niederösterreich die Besonderheit, dass das pädagogische Personal am Vormittag direkt vom Land übernommen wird, weshalb hier niedrigere Personalausgaben anfallen. In der Steiermark hingegen fallen aufgrund des bestehenden Dienstrechtes besonders hohe Personalausgaben an. In Wien wiederum ist das Leistungsangebot gegenüber den anderen Bundesländern deutlich höher (z.B. werden alle Plätze als Ganztagsplätze angeboten und es gibt keine Schließtage in den Ferien).

Je nach Bundesland werden private Organisationen in unterschiedlichem Ausmaß in Anspruch genommen (siehe Tabelle 29). So werden in Niederösterreich so gut wie keine Transferzahlungen an Private geleistet, weil es aufgrund des Systems der „Landeskindergärten“ wenig private Betreuungsplätze gibt.⁹ In Oberösterreich und in der Steiermark zeigen die hohen Transferzahlungen pro Kind, dass hier vergleichsweise viele Kinder von Non-Profit-Organisationen betreut werden. In Wien werden sogar knapp 25 Prozent der Ausgaben für Transferzahlungen an Private aufgewendet, wobei rund 50 Prozent der Kinder in privaten Einrichtungen betreut werden.

⁹ Siehe hierzu auch Tabelle 3.

Tabelle 28: **Ausgabenstruktur und Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden für Vorschulische Erziehung nach Bundesland, 2007**

Gruppen	Bundesland									Gesamt
	Bgld	Knt	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tir	Vbg	Wien	
in Tsd. €										
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	25.757	37.172	69.300	66.701	43.399	77.052	46.708	29.674	182.987	578.752
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	6.363	11.264	26.194	41.324	12.970	36.665	11.436	6.056	146.487	298.759
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	1.323	2.784	326	14.636	5.214	12.533	2.499	1.501	84.149	124.966
restl. Gruppen	4.693	3.989	19.297	4.681	5.700	7.693	6.573	2.434	21.684	76.743
Summe ordentliche Ausgaben	36.812	52.425	114.791	112.707	62.069	121.410	64.717	38.163	351.158	954.254
Anteil an der Summe der ordentlichen Ausgaben in Prozent										
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	70%	71%	60%	59%	70%	63%	72%	78%	52%	61%
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	17%	21%	23%	37%	21%	30%	18%	16%	42%	31%
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	4%	5%	0%	13%	8%	10%	4%	4%	24%	13%
restl. Gruppen	13%	8%	17%	4%	9%	6%	10%	6%	6%	8%
in Euro je betreutem Kind										
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	3.267	2.863	1.541	1.746	2.898	2.890	2.290	2.663	3.676	2.550
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	807	868	582	1.082	866	1.375	561	543	2.943	1.316
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	168	214	7	383	348	470	123	135	1.691	551
restl. Gruppen	595	307	429	123	381	288	322	218	436	338
Summe ordentliche Ausgaben	4.670	4.038	2.552	2.951	4.144	4.553	3.173	3.425	7.055	4.204

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

Tabelle 29: **Anzahl der Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen nach Bundesland, 2006/2007**

Altersgruppe	Betreute Kinder nach Bundesland									Gesamt
	Bgld	Knt	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tir	Vbg	Wien	
Kinder 0-2 Jahre	1.003	1.608	3.024	2.268	1.417	1.651	2.410	1.142	11.195	25.718
<i>davon in Gemeindeeinrichtungen</i>	860	375	1.980	1.011	472	868	374	94	4.880	10.914
<i>Anteil Kinder in Gemeindeeinrichtungen</i>	86%	23%	65%	45%	33%	53%	16%	8%	44%	42%
Kinder 3-5 Jahre	6.880	11.374	41.949	35.927	13.560	25.015	17.988	10.002	38.582	201.277
<i>davon in Gemeindeeinrichtungen</i>	6.197	7.070	40.275	19.922	10.830	17.976	15.461	8.040	19.451	145.222
<i>Anteil Kinder in Gemeindeeinrichtungen</i>	90%	62%	96%	55%	80%	72%	86%	80%	50%	72%

Quelle: Statistik Austria: Sonderauswertung zur Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen.
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

In der Tabelle 30 werden die Einnahmenstruktur sowie die Pro-Kopf-Einnahmen nach Bundesland dargestellt. Die Einnahmen bewegen sich zwischen 794 € pro betreutem Kind in Niederösterreich sowie in Wien und 1.950 € pro betreutem Kind in der Steiermark. Die höchsten Einnahmen aus Leistungen (vorwiegend Elternbeiträge) wurden im Jahr 2007 in Kärnten, in Salzburg, in der Steiermark und in Wien eingehoben.

Der Anteil der Transfereinnahmen vom Land schwankt zwischen 20 Prozent in Niederösterreich und 84 Prozent in Vorarlberg. Auch hier zeigt sich wieder die Besonderheit des niederösterreichischen Systems, wo pro Gruppe eine Pädagogin vom Land (= Landesbedienstete) gestellt wird und daher deutlich niedrigere Landes-transferzahlungen gegeben sind.

Tabelle 30: Einnahmenstruktur und Pro-Kopf-Einnahmen der Gemeinden für Vorschulische Erziehung 2007, nach Bundesland

Posten	Bundesland									Gesamt
	Bgld	Knt	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tir	Vbg	Wien	
in Tsd. €										
Transferzahlungen (PK 86+87)	10.688	11.841	8.818	34.046	11.019	32.330	18.043	16.553	275	143.612
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>10.469</i>	<i>11.460</i>	<i>7.298</i>	<i>33.185</i>	<i>10.657</i>	<i>29.114</i>	<i>17.405</i>	<i>16.400</i>	<i>0</i>	<i>135.988</i>
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	4.186	7.978	22.425	14.892	9.279	16.772	5.582	2.620	38.105	121.838
restl. ordentliche Einnahmen	259	1.019	4.464	1.799	405	2.894	406	331	1.142	12.720
Summe ordentliche Einnahmen	15.133	20.838	35.707	50.737	20.703	51.996	24.030	19.504	39.522	278.170
Anteil an der Summe der ordentlichen Einnahmen										
Transferzahlungen (PK 86+87)	71%	57%	25%	67%	53%	62%	75%	85%	1%	52%
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>69%</i>	<i>55%</i>	<i>20%</i>	<i>65%</i>	<i>51%</i>	<i>56%</i>	<i>72%</i>	<i>84%</i>	<i>0%</i>	<i>49%</i>
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	28%	38%	63%	29%	45%	32%	23%	13%	96%	44%
restl. ordentliche Einnahmen	2%	5%	13%	4%	2%	6%	2%	2%	3%	5%
in Euro je betreutem Kind										
Transferzahlungen (PK 86+87)	1.356	912	196	891	736	1.212	885	1.485	6	633
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>1.328</i>	<i>883</i>	<i>162</i>	<i>869</i>	<i>712</i>	<i>1.092</i>	<i>853</i>	<i>1.472</i>	<i>0</i>	<i>599</i>
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	531	615	499	390	620	629	274	235	766	537
restl. ordentliche Einnahmen	33	78	99	47	27	109	20	30	23	56
Summe ordentliche Einnahmen	1.920	1.605	794	1.328	1.382	1.950	1.178	1.750	794	1.225

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

In Summe ergibt sich für die Gemeindeeinrichtungen im Jahr 2007 folgendes Bild (Tabelle 31):

- Pro in einer Gemeindeeinrichtung betreutem Kind werden von den Gemeinden selbst zwischen 1.758 € in Niederösterreich und 2.762 € in Salzburg getragen. In Wien ergibt sich sogar ein Netto-Zuschuss in der Höhe von 6.261 € pro Kind. Der österreichische Durchschnitt bewegt sich dabei bei 2.978 € pro betreutem Kind.
- Einem durchschnittlichen Gemeindezuschuss von 2.978 € je betreutem Kind stehen daher Gesamtausgaben in der Höhe von 4.204 € pro betreutem Kind gegenüber. Damit tragen die Gemeinde etwa 70 Prozent der ordentlichen Ausgaben selbst.

Tabelle 31: Ordentliche Einnahmen und Ausgaben für Vorschulische Erziehung 2007 in Gemeindeeinrichtungen, nach Bundesland

	Bundesland									Gesamt
	Bgld	Knt	NÖ	OÖ	Sbg	Stmk	Tir	Vbg	Wien	
in Tsd. €										
ordentliche Einnahmen	15.133	20.838	35.707	50.737	20.703	51.996	24.030	19.504	39.522	278.170
ordentliche Ausgaben	36.812	52.425	114.791	112.707	62.069	121.410	64.717	38.163	351.158	954.254
Saldo	-21.680	-31.587	-79.084	-61.970	-41.366	-69.415	-40.687	-18.659	-311.636	-676.084
in Euro je betreutem Kind										
ordentliche Einnahmen	1.920	1.605	794	1.328	1.382	1.950	1.178	1.750	794	1.225
ordentliche Ausgaben	4.670	4.038	2.552	2.951	4.144	4.553	3.173	3.425	7.055	4.204
Saldo	-2.750	-2.433	-1.758	-1.622	-2.762	-2.603	-1.995	-1.674	-6.261	-2.978

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

8.2 Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden nach Einwohnerklassen

Die Tabelle 32 zeigt die Ausgabenstruktur sowie die Pro-Kopf-Ausgaben nach Einwohnerklasse. Bei einer Betrachtung der ordentlichen Ausgaben nach Einwohnerklassen zeigt sich, dass die Ausgaben je betreutem Kind in den Städten zwischen 50.000 und 500.000 EW am höchsten sind, was auf das verstärkte Leistungsangebot (z.B. längere Öffnungszeiten, weniger Schließzeiten, mehr Kinderkrippenplätze) zurückzuführen ist.

Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben finden sich in Wien, wo das Leistungsangebot besonders stark ausgebaut ist.

Zwischen 2 und 13 Prozent der gesamten Ausgaben betreffen laufende Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck, in Wien sind es 24 Prozent.

Tabelle 32: **Ausgabenstruktur und Pro-Kopf-Ausgaben der Gemeinden für Vorschulische Erziehung 2007, nach Einwohnerklassen**

Gruppen	Einwohnerklasse						Wien	Gesamt
	bis 2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.001-50.000 Einwohner	50.001-500.000 Einwohner		
in Tsd. €								
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	125.518	77.303	61.334	40.281	30.569	60.760	182.987	578.752
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	42.919	28.246	24.543	12.517	8.059	35.987	146.487	298.759
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	8.770	8.974	6.328	2.321	984	13.439	84.149	124.966
restl. Gruppen	18.168	12.734	8.745	5.412	3.130	6.871	21.684	76.743
Summe ordentliche Ausgaben	186.604	118.283	94.622	58.210	41.758	103.619	351.158	954.254
Anteil an der Summe der ordentlichen Ausgaben								
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	67%	65%	65%	69%	73%	59%	52%	61%
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	23%	24%	26%	22%	19%	35%	42%	31%
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	5%	8%	7%	4%	2%	13%	24%	13%
restl. Gruppen	10%	11%	9%	9%	7%	7%	6%	8%
in Euro je betreutem Kind								
Gruppe 5 - Leistungen für Personal	2.325	2.016	2.149	2.303	2.527	2.271	3.676	2.550
Gruppe 6+7 Verwaltungs- und Betriebsaufwand	795	737	860	716	666	1.345	2.943	1.316
<i>davon lfd. Transfers an private Org. ohne Erwerbszweck (Post 757)</i>	162	234	222	133	81	502	1.691	551
restl. Gruppen	337	332	306	309	259	257	436	338
Summe ordentliche Ausgaben	3.457	3.085	3.315	3.328	3.453	3.872	7.055	4.204

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

Der Anteil der Kinder, welche in Gemeindeeinrichtungen betreut werden (Tabelle 33), unterscheidet sich dabei je nach Einwohnerklasse deutlich. Die wenigsten privaten Einrichtungen werden von kleinen Gemeinden gefördert. In den Städten hingegen wird beinahe drei Viertel und Wien rund 55 Prozent der Kinder von 0-2 Jahren in privaten Einrichtungen betreut. Auch bei den Kindern von 3-5 Jahren ist der Anteil der privat betreuten Kinder in den Städten deutlich höher als in den kleinen Gemeinden.

Tabelle 33: **Anzahl der Kinder in Kinderbetreuungseinrichtungen nach Einwohnerklassen, 2006/2007**

Altersgruppe	Betreute Kinder nach Einwohnerklasse						Wien	Gesamt
	bis 2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.001-50.000 Einwohner	50.001-500.000 Einwohner		
Kinder 0-2	2.597	2.707	2.501	1.775	1.208	3.735	11.195	25.718
<i>davon in Gemeindeeinrichtungen</i>	1.699	1.244	1.100	609	342	1.040	4.880	10.914
<i>Anteil Kinder in Gemeindeeinrichtungen</i>	65%	46%	44%	34%	28%	28%	44%	42%
Kinder 3-5	51.387	35.637	26.043	15.718	10.887	23.023	38.582	201.277
<i>davon in Gemeindeeinrichtungen</i>	43.936	27.166	19.230	12.539	8.979	13.921	19.451	145.222
<i>Anteil Kinder in Gemeindeeinrichtungen</i>	86%	76%	74%	80%	82%	60%	50%	72%

Quelle: Statistik Austria: Sonderauswertung zur Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen.
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

In Tabelle 34 werden die Einnahmenstruktur und die Pro-Kopf-Einnahmen nach Einwohnerklassen ausgewiesen. Die Gesamteinnahmen pro betreutem Kind sinken tendenziell mit der Einwohnergröße, was insbesondere auf geringere Transferzahlungen vom Land zurückzuführen ist. Die Einnahmen aus Leistungen

(vorwiegend Elternbeiträge) hingegen bewegen sich in allen Einwohnerklassen in einem ähnlichen Bereich zwischen 424 und 495 € pro betreutem Kind. Ausnahme ist hiervon Wien mit Einnahmen aus Leistungen in der Höhe von 766 € pro betreutem Kind. In Summe schwanken die Gesamteinnahmen zwischen 794 € pro betreutem Kind in Wien und 1.585 € pro betreutem Kind in den Gemeinden bis 2.500 EW.

Der Anteil der Einnahmen durch Elternbeiträge steigt tendenziell mit der Gemeindegröße.

Tabelle 34: **Einnahmenstruktur und Pro-Kopf-Einnahmen der Gemeinden für Vorschulische Erziehung 2007, nach Einwohnerklassen**

Posten	Einwohnerklasse							Wien	Gesamt
	bis 2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.001-50.000 Einwohner	50.001-500.000 Einwohner			
in Tsd. €									
Transferzahlungen (PK 86+87)	53.849	29.009	21.946	13.575	10.603	14.356	275	143.612	
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>51.166</i>	<i>27.525</i>	<i>19.731</i>	<i>12.913</i>	<i>10.338</i>	<i>14.316</i>	<i>0</i>	<i>135.988</i>	
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	26.744	17.540	13.523	7.424	5.856	12.647	38.105	121.838	
restl. ordentliche Einnahmen	4.978	2.393	1.777	1.402	498	531	1.142	12.720	
Summe ordentliche Einnahmen	85.570	48.942	37.245	22.400	16.957	27.534	39.522	278.170	
Anteil an der Summe der ordentlichen Einnahmen									
Transferzahlungen (PK 86+87)	63%	59%	59%	61%	63%	52%	1%	52%	
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>60%</i>	<i>56%</i>	<i>53%</i>	<i>58%</i>	<i>61%</i>	<i>52%</i>	<i>0%</i>	<i>49%</i>	
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	31%	36%	36%	33%	35%	46%	96%	44%	
restl. ordentliche Einnahmen	6%	5%	5%	6%	3%	2%	3%	5%	
in Euro je betreutem Kind									
Transferzahlungen (PK 86+87)	997	757	769	776	877	537	6	633	
<i>davon Transfers vom Land (Post 861+871)</i>	<i>948</i>	<i>718</i>	<i>691</i>	<i>738</i>	<i>855</i>	<i>535</i>	<i>0</i>	<i>599</i>	
Einnahmen aus Leistungen (PK 81)	495	457	474	424	484	473	766	537	
restl. ordentliche Einnahmen	92	62	62	80	41	20	23	56	
Summe ordentliche Einnahmen	1.585	1.276	1.305	1.281	1.402	1.029	794	1.225	

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

Für die Betreuung der Kinder in Gemeindeeinrichtungen ergibt sich damit folgendes Bild (siehe Tabelle 35). Die Belastung der Gemeinden bis 50.000 EW bewegt sich je nach Einwohnerklasse in einem Bereich von 1.808 bis 2.051 €. Die Städte zwischen 50.001 und 500.000 EW sowie Wien weisen mit 2.843 € bzw. 6.261 € pro betreutem Kind deutlich höhere Ausgaben auf. Dies hängt auch mit dem breiteren Leistungsangebot zusammen, wie beispielsweise längere Öffnungszeiten, vermehrte Integrationsgruppen und ein verstärktes Angebot an Kinderkrippen.

Tabelle 35: **Ordentliche Einnahmen und Ausgaben in der vorschulischen Erziehung nach Einwohnerklassen in Gemeindeeinrichtungen, 2007**

	Einwohnerklasse							Wien	Gesamt
	bis 2.500 Einwohner	2.501-5.000 Einwohner	5.001-10.000 Einwohner	10.001-20.000 Einwohner	20.001-50.000 Einwohner	50.001-500.000 Einwohner			
in Tsd. €									
ordentliche Einnahmen	85.570	48.942	37.245	22.400	16.957	27.534	39.522	278.170	
ordentliche Ausgaben	186.604	118.283	94.622	58.210	41.758	103.619	351.158	954.254	
Saldo	-101.035	-69.342	-57.377	-35.809	-24.801	-76.084	-311.636	-676.084	
in Euro je betreutem Kind									
ordentliche Einnahmen	1.585	1.276	1.305	1.281	1.402	1.029	794	1.225	
ordentliche Ausgaben	3.457	3.085	3.315	3.328	3.453	3.872	7.055	4.204	
Saldo	-1.872	-1.808	-2.010	-2.047	-2.051	-2.843	-6.261	-2.978	

Quelle: Statistik Austria: Gebarungsdatensatz 2007, Statistik Austria: Kindertagesheimstatistik 2006/2007, KDZ: eigene Berechnungen
Anmerkung: Betreute Kinder sind sämtliche Kinder, welche in öffentlichen und privaten Einrichtungen betreut werden.

9. Zusammenfassung und Ausblick

Die aus finanzwirtschaftlicher Sicht zentralistische und wenig föderale Struktur des öffentlichen Sektors hat sich im Berichtszeitraum bis 2005 tendenziell verstärkt. Auf die Gemeinden mit Wien – nach wie vor der wichtigste Investor im öffentlichen Bereich – entfielen im Jahr 2007 lediglich 13,8°Prozent der gesamten Staatsausgaben, was im internationalen Vergleich sehr niedrig ist. Immerhin hat die gute Konjunkturlage des Jahres 2007 den Gemeinden nicht nur steigende eigene Steuereinnahmen (+5,4°Prozent gegenüber dem Vorjahr), sondern noch stärker fließende Mittel aus dem Steuerverbund (Ertragsanteile an gemeinschaftlichen Bundesabgaben +7,3°Prozent) verschafft. Durch die bei den Ausgaben auf Einsparen gerichtete Gemeindepolitik (Ausgabensteigerungen um nur +2,8°Prozent) verbesserten sich wichtige Indikatoren der kommunalen Finanzlage, wie etwa der Saldo der laufenden Gebarung; auch ein leichter Anstieg bei den Investitionsausgaben im Jahr 2007 war zu verzeichnen. Dagegen sind die Belastungen der Gemeinden aus Transferzahlungen – vor allem an die Bundesländer (+24,7°Prozent!) – überdurchschnittlich stark gestiegen. Während sich die Unterschiede der Finanzlage der Gemeinden zwischen den wirtschaftsschwächeren Regionen und den wirtschaftlich stärkeren Regionen tendenziell leicht reduzieren, vergrößert sich das Ungleichgewicht zwischen Aufgaben (gezeigt etwa am Beispiel der Ausgaben für die Kinderbetreuung) und finanziellen Ergebnissen (vor allem bei den Einnahmen aus dem Steuerverbund) deutlich zu Lasten der größeren Städte.

Trotz Bemühungen zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte zeigte sich eine weiter ansteigende Schuldenlast für die Gesamtheit der Gemeinden ohne Wien (lediglich Wien konnte die nachhaltige Politik der Entschuldung im Hoheitsbereich fortsetzen).

Im Exkurs über die Leistungen, Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Kinderbetreuung der Gemeinden sind vor allem die nach Einwohnerklassen unterschiedlichen Belastungen der Gemeinden bemerkenswert. Sie belaufen sich in den Gemeinden bis 50.000 EW je nach Einwohnerklasse auf 1.808 bis 2.051 € pro betreutem Kind; die großen Städte zwischen 50.001 und 500.000 EW weisen jedoch mit 2.843 € sowie Wien mit 6.261 € pro betreutem Kind deutlich höhere Ausgaben auf. Dies hängt vor allem mit dem besseren Leistungsangebot zusammen, wie beispielsweise längere Öffnungszeiten, vermehrte Integrationsgruppen und ein verstärktes Angebot an Kinderkrippen.

Trotz der finanziellen Erleichterung der Jahre 2006 und 2007 sind die Perspektiven der kommunalen Finanzen strukturell nur wenig erfreulich. Hierfür ist zunächst der Umstand eines mittelfristig gesunkenen Anteils der Gemeinden am gesamten Aufkommen an Abgaben maßgeblich. Weiters sind die Belastungen der Gemeinden durch Umlagen und Beiträge zu den Kosten des Sozialbereichs und zur Abgangsdeckung der nunmehr fast vollständig auf der Ebene der Länder geführten öffentlichen Krankenanstalten überdurchschnittlich gestiegen. Wenngleich das neue Finanzausgleichsgesetz 2008 eine generelle Erleichterung für die Gemeinden durch den in zwei Etappen abzubauenen Konsolidierungsbeitrag an den Bund bringt, ist durch die weitere Aushöhlung des abgestuften Bevölkerungsschlüssels eine Begünstigung lediglich für die große Gruppe der kleineren Gemeinden, nicht jedoch für die größeren Städte geschaffen worden. Der grundsätzliche Reformbedarf des Finanzausgleichs, insbesondere für eine verbesserte Ausstattung mit eigenen Steuern von Gemeinden und Ländern sowie für eine stärker aufgabenorientierte Verteilung der Mittel aus dem Steuerverbund für die Gemeinden, ist zwar in Wissenschaft und in Teilen der Praxis anerkannt worden, die Arbeit einer hierfür eingesetzten Reformkommission hat aber noch nicht begonnen. Ebenso wenig ist der Reformstau im Bereich der „vertikalen“ Staatsreform (Bereinigung und Entflechtung der Aufgaben der drei staatlichen Ebenen) in Angriff genommen worden.

Zunehmend rücken die finanziellen Lasten der demografischen Entwicklungen, welche in wachsenden Gemeinden erwartungsgemäß zunehmen, in der kommunalpolitischen Prioritätensetzung nach oben. Aber auch in schrumpfenden Gemeinden sind finanzielle Lasten wegen der „Kostenremanenz“¹⁰ gleichermaßen gegeben. Besondere Belastungen sind vor allem dort zu erwarten, wo sich demografische Entwicklungen überlagern, z.B. eine Zunahme der Zahl der EinwohnerInnen bei gleichzeitiger Erhöhung des Anteils von AusländerInnen an der gesamten Einwohnerzahl (was nicht nur in Wien, sondern auch in mehreren Landeshauptstädten besonders zutrifft) oder bei schrumpfender Gemeindebevölkerung die anteilmäßige Ausweitung der älteren pflegebedürftigen Bevölkerung. Weitere sozio-ökonomische Entwicklungen, wie die

¹⁰ Kostenremanenz bedeutet, dass aus sozialen und aus technischen Gründen nur zeitlich verzögerte Anpassungen der Ausgaben an sinkende Einwohnerzahlen möglich sind.

zunehmende „neue Armut“ (ein alleinverdienender Elternteil muss Kinder erziehen und versorgen), bewirken ebenfalls zusätzliche aufgabenbezogene und finanzielle Belastungen für viele Gemeindehaushalte.

Angesichts der sich zum Zeitpunkt der Redaktion dieses Beitrages abzeichnenden Abwärtstendenzen der wirtschaftlichen Konjunktur und zur Bekämpfung einer drohenden Rezession scheint es jedenfalls sinnvoll, durch ein konjunkturpolitisches Gegensteuern seitens des Bundes – aber auch der Gemeinden und der Länder – durch Verstärken der Infrastrukturinvestitionen, die wirtschaftspolitische Verantwortung des Staates einzulösen. Wichtige Maßnahmen sind hierbei das Stärken der Kaufkraft der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen und vermehrte Angebote zur Ausbildung der von Arbeitslosigkeit bedrohten Gruppen. Dies bildet für die wirtschaftlich bedeutenden Städte eine zusätzliche, wirtschaftspolitische Aufgabe, die mit dem Einsatz intellektueller und materieller Ressourcen gelöst werden sollte.

Generell muss daher die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Bemühungen zur Steigerung von Effizienz und Effektivität des Mitteleinsatzes der Gemeinden fortgesetzt werden müssen, um den genannten Herausforderungen einigermaßen entsprechen zu können. Hierfür werden insbesondere eine erhöhte politische Aktivität, ebenso aber auch eine integrierte Aufgaben- und eine über mittelfristige Zeiträume hinausreichende Finanz- und Investitionsplanung sowie verstärkte Bemühungen um die regionale Kooperation erforderlich sein. Letztere kann – um nur einige Ansätze zu nennen – durch Abstimmen von Infrastrukturinvestitionen sowie von Maßnahmen zur Umweltsanierung, zur Schaffung verbesserter Integrationsangebote für verschiedene Bevölkerungsgruppen und zur besseren Bildung in den Pflichtschulen, die bereits mit dem Spracherwerb im Kindergartenalter beginnen sollte, erfolgen. Erfahrungsgemäß ist der Ausgleich zwischen den Erfordernissen des kommunalen Handelns und der begrenzten Ressourcen im regionalen Kontext etwas leichter zu erreichen. Allerdings gilt es hierfür, manchmal erst die politische Bereitschaft zur Kooperation zwischen den Gemeinden sowie zwischen Gemeinde und Land zu verstärken, was angesichts des sich immer mehr im regionalen Kontext vollziehenden Lebens großer Teile der Bevölkerung nicht allzu schwer fallen sollte.

In seinen Empfehlungen zur gesamtstaatlichen Budgetpolitik und deren Finanzierung im Jahr 2008 hat der Staatsschuldenausschuss¹¹ die Forderung nach Fortsetzung einer „Staatsreform“, von Verwaltungsreformen und einer grundsätzlichen Haushaltsrechtsreform neuerlich erhoben. Wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung für die Handlungsfähigkeit der Gebietskörperschaften werden einige Empfehlungen zum Abschluss hier auszugsweise angeführt:

- Die Reformtriangel einer „Bundesstaats-, Finanzverfassungs- und gebietskörperschaftsübergreifenden Verwaltungsreform“ sollen synchronisiert und auf höchster politischer Ebene vorangetrieben werden, um eine kompetenzrechtliche, finanzielle und prozessorientierte Abstimmung der Agenden mit Reform- und Harmonisierungsbedarf (u. a. Gesundheitswesen, Soziales, Schulwesen, Förderungen, Dienst- und Pensionsrechte, kostentreibende Normsetzungen, Steuerrecht) in dieser Legislaturperiode zu erreichen.
- Initiativen zur Unterstützung des Vertrauens in die Nachhaltigkeit der Pensionen in Österreich sollen gesetzt und die Planungssicherheit (Voraussehbarkeit des Pensionsantrittsalters und der Pensionsleistungen) gestärkt werden. Auch sollte die von der EU-Kommission attestierte Nachhaltigkeit des Pensionssystems in Österreich nicht gefährdet werden. Die anhaltende schwache private Konsumnachfrage dürfte auch Ergebnis der laufenden Debatte über die Pensionsregelungen und deren Nachhaltigkeit sein.
- Der durch den Österreichischen Strukturplan „Gesundheit 2006“ eingeleitete Paradigmenwechsel einer alle Bereiche umfassenden Bedarfsplanung im Gesundheitswesen soll vorangetrieben und die regionalen Strukturpläne der Bundesländer in Hinblick auf Effizienz (u. a. Ausnutzung von Synergien, Bedarfsanpassungen) und Effektivität (Versorgungssicherheit und Leistungsqualität) evaluiert sowie Erkenntnisse aus den Reformpoolprojekten genutzt werden. Der Staatsschuldenausschuss regt an, Kosten dämpfende Gegenmaßnahmen zu setzen und Reformstrategien in Einklang mit der Kompetenzlage der regionalen Gesundheitsplattformen verstärkt zu initiieren und publik zu machen.

¹¹ Vgl. Staatsschuldenausschuss: Bericht über die öffentlichen Finanzen 2007. Wien 2008.